

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

27 (2.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel- u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Englands Mißtrauen gegen Deutschland

London, 2. Febr. (Eigener Fundienst.) Der englische Außenminister Chamberlain sprach am Sonntag anlässlich eines Meetings in Birmingham u. a. auch über das Verhältnis der Alliierten zu Deutschland. Er betonte, daß zwischen England und Frankreich heraldische Beziehungen bestehen und daß England bei der Regelung der Sicherheitsfrage vollkommen auf französische Seite stehen werde. Frankreich habe unter allen Umständen Sicherheit notwendig, diese zu erhalten werde England alles tun, was in seinen Kräften steht. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behauptete Chamberlain den kürzlich erstellten Notenwechsel zwischen den Alliierten und Deutschland, weil der Ton und der Charakter der deutschen Entgegnung nicht als ehrlich und vornehm bezeichnet werden könne. Er verzichtete darauf, sich einer ähnlichen Zensur in seinen Entgegnungen zu befleißigen, wolle aber u. a. darauf verweisen, daß Deutschland nur entschlossen sei, die Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage gützuzumachen, die ihm von den Alliierten bewiesen werden sollen oder die durch andere Kanäle zu ihrer Kenntnis gelangen würden. Demgegenüber betonte Chamberlain wörtlich: „Ich begnüge mich damit anzudeuten, daß die Alliierten in der Lage sind, die deutsche Regierung entgegen zu sein.“

Dr. Stresemann, ein nationalistischer Charakter

Berlin, 2. Febr. (Eigener Fundienst.) Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat am Sonntag in Halle auf die bei weitem größten Tausende der deutschen Volkspartei eine Rede gehalten, in der er sich erneut als den Mann zeigt, der es unternimmt, die deutsche Volkspartei zu einem neuen Kampfes um die Staatsform nicht zu lassen. Reich und Staat sind von außen und innen bedroht. Nicht im Kampfe gegen die Staatsform, die nicht gefällt, liegt ein Überlebens- und nationaler Gesinnung, sondern in der Selbstüberwindung.

Dr. Luthers Versprechungen an die bayerische Reaktion

München, 2. Febr. (Eigener Fundienst.) Der bayerische Ministerpräsident Held hat dieser Tage in einer Besprechung mit seinen Parteifreunden erklärt, daß der Reichsminister Luthers vor seinem Regierungsantritt bestimmte Zusagen für eine Aufassung der Reichsverfassung an die Wünsche der Einzelstaaten, insbesondere Bayerns, gegeben hat. Die bayerischen Wünsche haben in der Hauptsache den Sinn, das eigentliche Mitglied der Weimarer Verfassung zu werden und so langsam die Republik zu unterwählen. Damit ist für die Sozialdemokratie ein neuer Anlaß geliefert, die Regierung Luthers zu bekämpfen.

Nationalistische Schweinigel

Berlin, 2. Febr. (Eigener Fundienst.) Die Berliner „Montagspost“ meldet aus Halle folgendes: Der einige Tage vor dem Erscheinen der Dars von Fortener wegen Verstoßes gegen § 175 des Strafgesetzbuches verhaftet worden. Da sein Schwiegervater aber Kaufmann stellen konnte, wurde Fortener wieder auf freien Fuß gesetzt. Einer der englischen Freunde Forteners, der in Halle sehr bekannte Pastor Knoblauch, der sich besonders in Stahlheimkreisen der größten Bekanntheit erfreut, wurde nun aus demselben Grunde verhaftet. Er war auch in den Kreisen der Halleer Gesellschaft eine überaus beliebte Persönlichkeit und wurde überall als bevorzugter Geselle der Jugend angesehen.

Ein in Frankreich verurteilter Deutscher

Paris, 31. Jan. Vor dem Kriegsgericht von Douai ist gestern gegen den deutschen Staatsangehörigen aus Bayern, Gebhard, verurteilt worden, der beschuldigt wird, am 28. März 1923 eine Bankierfrau in Lille erdrückt zu haben. Es handelt sich um einen Deutschen, der während des Krieges wegen Unverständnis mit den deutschen Behörden zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden war, nach dem Kriege verschiedenen Organisationen angehört und sich z. T. ohne Paß in Frankreich aufhalten hat. Er führte nach dem Kriege das Leben eines Wenzelers, wie im Verlaufe der Verhandlungen zum Ausdruck kam. Es wurde festgestellt, daß er das Verbrechen im Zustand der Trunkenheit begangen hat. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Die Arbeiterregierung für die Arbeiter

Stockholm, 2. Febr. (Eigener Fundienst.) Die umgebildete schwedische Arbeiterregierung hat ihren ersten Sieg gegen die Konservativen in der Kammer errungen. Es galt zu einer der wichtigsten Fragen der schwedischen Innenpolitik, der Frage über den Posten der privaten Unternehmungen durch Arbeiter zu nehmen. Der Führer der Konservativen, Lindmann, interpretierte den Innenminister, Genossen Müller, über diese Frage. Müller, der durch die Teilnahme an den Kongressen der 2. Internationale, bzw. Arbeiterinternationale bekannt geworden ist, erwiderte auf die Interpellation in aller Schärfe und verwarf sie insbesondere gegen die Einseitigkeit, indem nur die Kampfmittel der Arbeiter kritisiert würden, aber die Stellungnahme der Unternehmer im Arbeitskampfe unbeachtet bleibe. Der Innenminister weigerte sich, die Wünsche der Interpellanten zu erfüllen und wählte die Mehrheit der Kammer bei der Abstimmung über seine Auffassung auf sich zu vereinigen.

Internationale Bergarbeiterföderation

Hannover, 1. Febr. Das internationale Bergarbeiter-Komitee der internationalen Bergarbeiterföderation trat heute vormittag hier zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vertreten sind Deutschland durch Sulmann, Simbers, Dr. Berger und Franz Schmidt, England durch Smith, Koo, Richardson und Johnson, Frankreich durch Quentin und Barth, Belgien durch Dejarbin und Lombard, die Tschechoslowakei durch Jarolim und Dracel, Österreich durch Wamanger, Ungarn durch Fauer. Polen durch Stanth und Wamach. Nachdem zu Beginn der Sitzung auch der in der letzten Zeit im Bergbau Verfallene gedacht worden war, gab Smith-England den Vorschlag, dem Einverständnis des amerikanischen Bergarbeiterverbandes die Einrichtung eines Sekretariats vorgenommen werden. Der Name des neuen Verbandes wurde noch nicht bekanntgegeben. Am Montag findet eine Aussprache über den Dames-Pan und dessen Auswirkungen statt; desgleichen soll ein Beschluß gefaßt werden über die Einsetzung einer Delegation nach Rußland. Die Presse war zu der heutigen Sitzung nicht zugelassen.

Kommunistenprozesse

Repsia, 2. Febr. Wie verlautet, findet wenige Wochen nach dem Prozesse gegen die deutsche Tscheta, der am 10. Febr. beginnt, ein weiterer umfangreicher Prozeß wegen Hochverrats gegen eine Reihe bekannter kommunistischer Führer vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik statt. U. a. sind angeklagt die Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale in Berlin, Kemmler, Stöcker, Koenen, Frölich, Seifert, Pfeiffer, Lindau und Hellmuth Schmidt. Auch dieser Prozeß wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Die Kommunisten und die Gewerkschaften

Halle a. S., 1. Febr. Der heute von kommunistischer Seite nach Halle einberufene Betriebsrätekonferenz für den Mitteldeutschen Bergbau, zu dem 66 Personen, darunter 20 Betriebsräte erschienen waren, während der Mitteldeutsche Bergbau des Betriebs mit mehr als 2000 Betriebsräten umfaßt, wurde von dem kommunistischen Reichsleiter, Notensbaum eröffnet. Der Abgeordnete Kohnen betonte in seinem Referat die Notwendigkeit, die Gewerkschaftsbewegung kommunistischen Parteizwecken dienlich zu machen und die Führung in die Hände der kommunistischen Funktionäre zu bringen, um die von der KPD aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Bis 8. Febr. müßten die Kampfmaßnahmen vorbereitet sein. Im Ruhrgebiet sei alles vorbereitet, man warte nur auf die Mitwirkung der mitteldeutschen Bergarbeiter. Zunächst müßte die Forderung der 40prozentigen Lohnerhöhung erhoben werden.

Erhöhung der Erwerbslosenlöhne

Berlin, 31. Jan. Durch Verordnung vom 30. Januar 1925 sind die Höchstsätze der Erwerbslosenlöhne mit Wirkung vom 9. Februar 1925 hinaufgesetzt worden; die Erhöhung beträgt für die männlichen Erwerbslosen etwa 17 Prozent und für den Familiensubstanz etwa 25 Prozent der bisherigen Sätze. Am stärksten wurden die Unterführungen für Frauen hinaufgesetzt. Diese sind nunmehr entsprechend dem Beschluß des Reichstages den Männern in Bezug auf die Höchstsätze gleichgestellt.

Delegierte der Saarbergleute in Paris

Paris, 1. Febr. Die Bergarbeiterdelegierten aus dem Saargebiet, die sich zwecks Lohnverhandlungen nach Paris begeben hatten, wurden vom Arbeitsminister Gobert und dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Ventral, empfangen. Nach langen Besprechungen über die Lohnfrage, ist man, wie Havas meldet, dahin übereingekommen, daß die Bergarbeiterdelegierten der Vollversammlung der Bergarbeiter die Lohnvor schläge unterbreiten sollen, die grundsätzlich den Gehältern der Kohle im Westen Frankreichs und im Bas de la Gascogne entsprechenden, und den besonderen Lebensbedingungen und der gegenwärtigen Wirtschaftslage im Saargebiet Rechnung tragen. Die beiden Minister versprachen bezgl. der übrigen von den Delegierten vorgebrachten Forderungen, diese in möglichstem Sinne zu prüfen.

Hochofenexplosion

Dillingen, 2. Febr. Auf der Dillinger Hütte ereignete sich gestern morgen eine Hochofenexplosion. Fünf Arbeiter wurden getötet, mehrere schwer verletzt.

Der Kampf mit der Kontrerevolution in Preußen

Die Schwierigkeiten bei der preußischen Regierungsbildung — Systematische weitere Wählbarkeit der Reaktionsparteien — Koalitionsregierung oder Landtagsauflösung? Der Kampf mit der Kontrerevolution in Preußen ist nun in voller Tragweite auf der ganzen Linie entbrannt. Der Sieg, den die Parteien der Weimarer Koalition am Freitag bei der Wahl des Ministerpräsidenten Braun erzielt haben, hat alles, was die Republik und die Demokratie meucheln und niederretzen will, in höchste Wut versetzt und in die wildeste Gärung gebracht. Wie wir es wissen, wissen es die Kontrerevolutionäre auch: der Bürgerblock im Reich wird seine reaktionären Ziele nicht zu erreichen vermögen, wenn er nicht gleichzeitig auch die Macht in Preußen inne hat. Einem republikanisch kraftvoll geführten Preußen gegenüber, ist auf die Dauer der Bürgerblock im Reich ohnmächtig. Wie schrieb am Samstag, in der Betrachtung über die Wahl des Genossen Braun:

„Der Sieg der Parteien der Weimarer Verfassung, der gestern im preußischen Landtag errungen worden ist, kann von der denkbar größten und wertvollsten Bedeutung für die Republik werden, wenn konsequent auf dem Wege fortgeschritten wird, der gestern in dem erfolgreichen Abwehrkampf gegen die Reaktion bestritten worden ist... Das neue Kabinett Braun wird natürlich im Landtage einen schweren Stand haben; die Deutschnationalen und die Volksparteier werden alle Mienen springen lassen, um bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit auch das neue Kabinett zu stürzen...“

Der strahlende Erfolg über die Reaktionsparteien hat aber auch bewiesen, daß die ankündenden wilden Sanktionen der Reaktion niegreich abgeschlagen werden können, wenn die Parteien der Weimarer Verfassung in jedem Falle rasche Entschlüsse ergreifen in die Tat umsetzen, wenn sie auf ihre Kraft vertrauen, neben der das Recht steht und die Sicherheit, daß sie dem Staatsgange dienen.

Bedeutungsvoll, besonders im Hinblick auf die neuesten Meldungen über die Krise in Preußen und die Schwierigkeiten, die sich der Kabinettsbildung durch den Genossen Braun entgegenstellen, ist, wie sich das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“ äußert:

„Die Koalitionsparteien dürfen mit Stolz auf diese Abstimmung zurückblicken. Sie hat es auf das deutlichste gezeigt, wie stark die Koalitionsparteien sind, deren geschlossener Block eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigte, als dies bei den vereinzelten Gegnern der Fall war. Die Abstimmung hat weiter gezeigt, daß die Reaktionsparteien von sich aus überhaupt nicht imstande sind, eine eigene und fähige Regierung zu bilden. Mit der letzten Wahlteil aber ist erwiesen worden, daß die Koalition der Weimarer Verfassung sehr wohl imstande ist, die Geschicke Preußens zu lenken, wenn von der Gegenseite staatspolitische und nicht parteipolitische Erwägungen in den Vordergrund gestellt werden. In diesem Sinne kann von einem vollen Siege der Koalitionsparteien sprechen, und dieser Eindruck herrscht auch im ganzen Hause vor, indem das Ergebnis auf der rechten betretenen Schwelle, bei den feindlichen Parteien starke Befalls- und Bindungen auslöst...“

Insondere darf die Zentrumspresse auf das Ergebnis mit großer Befriedigung zurückblicken. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die gesamte Fraktion mit Ausnahme von zwei schwer erkrankten Mitgliedern sich an der Abstimmung im Sinne der Fraktionsbeschlüsse beteiligt hat. Die weitere Entwicklung der politischen Ereignisse in Preußen ist damit eingeschleiert worden. Otto Braun hat abermals die Kabinettsbildung übernommen, und nunmehr ist es in die Hand des neuen Ministerpräsidenten gelegt, dem das Vertrauen des Landtags ausgesprochen ist, nach großen staatspolitischen Gesichtspunkten die Linie der preußischen Politik der Zukunft anzuzeichnen.

In auffallend gedämpfterem Tone und in vorzichtiger politischer Abtastung äußert sich eine Zuskunft, die dem „Badischen Beobachter“ aus der preußischen Zentrumsfraktion zugegangen ist. Zunächst wird wieder die Marzische Mission der „großen Volksgemeinschaft“ zu beleben und als die „große einheitliche und klare Linie“ hinzustellen versucht, die das Zentrum verfolgen. Wörtlich heißt es dann in der Zuskunft weiter:

- „Diese Linie geht dahin: 1. das Zentrum lehnt jede einseitige Rechtskoalition ab; 2. das Zentrum lehnt mit der gleichen Entschiedenheit jede einseitige Linkskoalition ab; 3. das Zentrum wird unter keinen Umständen für eine Beteiligung an der Weimarer Koalition sich bereit finden.“
- Daraus erahnt sich alles Weitere. Demnach wird das Zentrum zunächst mit allen Mitteln danach streben, daß die große Koalition, wie sie sich bisher in Preußen drei Jahre lang, übrigens auf das höchste gerühmt von der Deutschen Volkspartei selbst, durchaus bewährt hat, wieder errichtet wird. Da bei den politischen Parteienwahlen das im Augenblick nur auf dem Stappenwege möglich ist, so wird das Zentrum, wenn die Führung durch Nominierung eines Ministerpräsidenten in Preußen von der

Fraktion übernommen werden muß, dahin streben, daß die Erweiterung des bürgerlichen Kerns, der zunächst nur aus Zentrum und Demokraten besteht, nach beiden Seiten verjüngt wird. Eine Hinzuwählung der Sozialdemokraten allein würde dem Zentrum nicht genügen. Das äußerste, was zugestanden werden könnte, wäre die Zusammenführung der bisherigen in der großen Koalition wirkenden bürgerlichen Parteien, also der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, wobei die äußerste Rechte und die äußerste Linke, also die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sich entscheiden müßten, ob sie es mit ihrer Verantwortung vor dem Volke vereinbaren könnten, die Arbeit eines solchen Kabinetts zu führen oder gar unmöglich zu machen. Auch in Preußen wird sich damit eine wichtige Etappe in der gesamtstaatlichen Entwicklung vollziehen.

Diese Zukunft, die — wohlgeleitet — in der gestrigen Sonntagsausgabe des „B. B.“ veröffentlicht wird, weist dem Zentrum eine technische Leistung bisher ungekannter Art zu, nämlich die Kunst, nicht nur nach zwei, sondern nach drei oder vier Seiten schauen zu können. Nach dem „B. B.“ will also das Zentrum weder eine Koalition noch eine Linksopposition; auch die Weimarer Koalition lehnt es ab — die famose „große Volksgemeinschaft“ ist sein Ziel. Diese aber lehnen sowohl die Deutschnationalen wie die Volksparteier ab, also wird das Zentrum, vorausgesetzt, daß die Zustimmung im „B. B.“ die Absichten der preußischen Zentrumsfraktion richtig wiedergeben sollte, die politisch-technische Kundenleistung noch erhöhen und den Versuch machen müssen, auch nach einer fünften Seite hin schauen zu können. Vergleicht man an der Hand der oben wiedergegebenen Zitate die Ansäufungen eines preußischen und des hiesigen bürgerlichen Zentrumsblattes, drängen sich immerhin kritisch-interessante Gedanken auf.

Der „Vorwärts“, der scheinbar in naher Zukunft mit dem Ministerpräsidenten Braun steht, beurteilt die Lage am Samstag, also unmittelbar nach der Wahl Brauns u. a. wie folgt:

„Brauns Wiederwahl im ersten Wahlgang bedeutet eine ständige moralische Genugtuung. Eine Lösung der Preußenkrise bedeutet sie jedoch noch nicht. Die Abstimmung am 23. Januar hat die Unfähigkeit der Weimarer Koalition erwiesen, diese Krise zu lösen. Die Weimarer Koalition wird nichts Entscheidendes an ihr ändern. Es besteht also die Möglichkeit, daß sich die Tragikomödie vom 23. Januar wiederholen könnte. Welche Folgerungen aus dieser Möglichkeit zu ziehen sind, ist Gegenstand der Verhandlungen, die zurzeit zwischen den Parteien stattfinden. Wir neigen allerdings zur Ansicht, daß es besser wäre, wenn weniger verhandelt und mehr gehandelt würde.“

Wird jetzt auf die Auflösung verzichtet, so ist das vielleicht ein ebenso großer Fehler wie jener, der im Reich gemacht wurde, da man nicht sofort nach der Abstimmung über die Dawes-Gesetze am 23. August auflöste.

Jedoch will das Zentrum die Entscheidung noch nicht vor das Volk tragen. Braun wird infolgedessen versuchen müssen, ob es möglich ist, besser als bisher die Reichsverhältnisse zu lösen, die eine Wiederholung der Vorgänge vom 23. Januar ausschließen. Selbst ihm das nicht, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annimmt. Was dann? ...

Wir können von unserem Standpunkt aus nur behaupten, daß nicht der gerade Weg beschritten wird, der entweder zur Behauptung der Weimarer Koalition in diesem Landtag oder aber zur Auflösung führt. Es ist nun einmal so, daß in diesem Landtag eine sichere Mehrheit nur für die große Koalition da ist, die die Volkspartei nicht will, oder für den Rechtsblock, den das Zentrum nicht will. Nach qualvollem Hin- und Herzögern werden wir das Zentrum vor die Entscheidung stellen: Reichsblock oder Auflösung? Dann aber ist anzunehmen, daß sich das Zentrum für die Auflösung entscheidet.

Dieser parlamentarische Sieg muß seine Fortsetzung, Bestätigung und Krönung finden bei den nächsten preußischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen werden.“

Soweit wir die preußischen Vorgänge von hier aus zu beurteilen vermögen, glauben auch wir, daß eine baldige Befragung der preußischen Wähler unvermeidlich geworden ist. Es braucht dann keiner allzu großen Verjüngung nach rechts oder links, um in Preußen eine Klärung herbeizuführen. Ein zweiter Wahlgang, wenige Wochen nach einem eben erst ausgefochtenen, mag seine großen Unbequemlichkeiten haben, aber das Ringen mit der Kontroversion und um den Bestand der Republik und der Demokratie wird vermutlich noch erheblich größere Unbequemlichkeiten bringen. Und in diesem Ringen wird entscheidend sein, auf welcher Seite die größere Ausdauer und die stärkeren Nerven sind.

Einen neuen taktischen Schachzug propagiert der Berliner Redakteur des „Karlshorner Tagblatts“, der mit den kontroversionären Kreisen Berlins auftragsgemäß vertrauliche Beziehungen unterhält: die Vereinigung des Reichskanzleramts mit dem des preußischen Ministerpräsidenten, ein Versuch, der bekanntlich in der Kaiserzeit einmal gemacht worden und — mißlungen ist in der praktischen Tätigkeit. Dieser Vorschlag zeigt auch denen, die es etwa noch nicht begriffen haben sollten, daß die Kontroversionäre auf das Ganze gehen.

Die reaktionären Parteien haben solange und so intensiv gewühlt und zum aktiven Kampf gegen die Republik und die Demokratie gerufen, daß sie den Entscheidungsschritt wagen müssen. Die kontroversionäre Mobilisierung gegen die Republik im allgemeinen und gegen die Sozialdemokratie im besonderen ist soweit vorgeschritten, daß schon aus der inneren Logik der Dinge heraus der Mobilisierung der Kampf folgen muß. Herr Stresemann und die Seinen haben dabei die Vorarbeit durch fortgesetzte frivole Krisenmacherei geleistet und leisten sie weiter, sofern das der Reaktion noch tunlich erscheint. Das Volk soll durch die immer wiederkehrenden Krisen müde gemacht werden (Ernährungsstrategie), ihm soll die parlamentarische Regierungsform verleidet werden, um es widerstandsunfähig für die Stunde der Entscheidung zu machen. Diejenigen Wähler und Wählerinnen aus den erwerbstätigen Schichten, die zuletzt noch am 7. Dezember den Deutschnationalen und der Volkspartei, wie ihren Helfershelfern, den Kommunisten, ihre Stimme gegeben haben, sind die Mitschuldigen an den jetzt drohend aufgetretenen Gefahren; sie werden auch

die Mitopfer sein, falls in Deutschland der Reaktion ein Erfolg beschieden sein sollte; der allerdings nicht ohne den allerjüngsten inneren Kampf und nicht ohne die stärksten inneren Erschütterungen zu erzielen sein wird.

Englisches Echo zu Herriots Rede

Herriots Ausführungen über Frankreichs Außenpolitik, insbesondere gegenüber Deutschland, veranlassen den „Manchester Guardian“ zu einer scharfen Ablehnung, die bis zum Vorwurf der Anreizpolitik geht. Das Blatt schrieb schon vor Herriots Rede, Herriot scheine ebenso wie Poincaré zu glauben, daß Frankreichs Heil von seiner absoluten militärischen Herrschaft abhänge. Die Poincaré'sche Politik würde Frankreich ruiniert und England entfremdet haben. Der Rückzugplan von der Ruhr habe Frankreich finanziell und ökonomisch gerettet. Nach Herriots Redart des Versäufers Vertrags könnten die französischen Truppen unbegrenzt im Rheinland bleiben als Strafe für die Verweigerung der Reparationsverpflichtungen. Er wolle denselben Gebrauch von dem Entlassungsklauseln des Vertrages machen, den Poincaré von den Reparationsklauseln gemacht habe. „Herriot sagte, der Rhein wäre wesentlich für die Sicherheit Frankreichs. Das ist daselbst, was Marshall Hoeh bei den Friedensverhandlungen nachdrücklich betonte.“ Es ist kein Grund vorhanden, warum die Franzosen dies nicht denken sollten, aber für einen verantwortlichen Staatsmann bedeuete es ein Infraktieren des gesetzlichen Vorwands für die Nichträumung der Röhler Zone, wenn ein solches Argument für das weitere Verbleiben in Köln in den Vordergrund gestellt werde. Das Blatt erinnert an die Weigerung Englands und Amerikas bei den Friedensverhandlungen Frankreich den Rhein als Grenze zu geben. Das sei nur eine Seite des Geschäfts gewesen. Auf der anderen sollte Frankreich von Amerika und England Sicherheit gegen einen deutschen Angriff garantiert werden. Amerikas Nichtratifizierung des Versäufers Vertrags habe Frankreich das moralische Recht gegenüber den Alliierten gegeben, sich alle vernünftigen Wege für seine Sicherheit garantieren zu lassen, obgleich das Frankreich kein gesetzliches Recht gibt, mit eigener Hand den Rhein zur Grenze zu machen. In Bezug auf Köln aber könne England nicht warten, bis Frankreich seine Grenz-

sicherheit als genügend erachte. Die Befestigung der Röhler Zone sei eine Garantie für die Erfüllung des Friedensvertrages, nicht aber ein Versuchsmittel für Frankreichs Nerven.

Frankösisches Echo zur Lutherrede

Paris, 1. Febr. (Fig. Bericht.) Da man in Paris auf ein wesentlich anderes Echo der Rede Herriots aus Deutschland gefolgt war, hat die Wägung und die ausdrückliche Befestigung der Friedens- und Verständigungsbereitschaft, die der Reichskanzler Luther in seinen Ausführungen vor den Vertretern der auswärtigen Presse an den Tag gelegt hat, eine gewisse Ueberzeugung hervorgerufen. Allerdings fehlt es nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, daß Vorschläge, wie sie der Reichskanzler in seiner Rede gemacht hat, bei den Deutschnationalen und der Volkspartei auf die schärfste Opposition gestoßen wären, wenn sie von einem Linkskabinett ausgegangen wären und man leicht daraus Zweifel an der Aufrichtigkeit der von Luther abgegebenen Erklärungen ab. Das ist nach der Entwicklung der letzten Wochen sehr verständlich und Herr Luther, der sein Ministerium mit Männern besetzt, die Jahre hindurch aus ihrer nationalaffektiven und chauvinistischen Einstellung kein Besten gemacht haben, wird sich am wenigsten darüber wundern dürfen. Das der Regierung nahestehende „Ceuvre“ hat sogar für den von Luther bekundeten Verständigungswillen nur Dorn und Dornen übrig, so sehr misstraut dieses linksstehende Organ dem Kabinett des deutschen Reichsblocks.

Lutherrede und Pariser Presse

Paris, 31. Jan. Zu den Erklärungen des Reichskanzlers schreibt der „Temps“, sie würden in keiner Weise den Stand der Dinge ändern können. Der Reichskanzler selbst scheine sich nicht viel Illusionen darüber zu machen, weil er es für nötig gehalten habe, zu erklären, die Wiederansöhnung und Verständigung der Völker könne solange nicht erreicht werden, als man auf dem deutschen Volke der Vorwurf, den Krieg entfacht zu haben, ruhen lasse. Das erkläre alles und sei alles in seinem wahren Lichte. Deutschland führe die Bestimmungen des Friedensvertrages, den es unterzeichnet habe, nicht aus. Es wolle die Verpflichtungen anerkennen und erkenne nicht einmal die bestimmten Verantwortlichkeiten an. Das sei der Beweis von Deutschlands gutem Willen und davon, was man von direkten Verhandlungen mit Berlin erwarten könne, wenn man den Fehler benehmen würde, sich auf diesen Weg zu begeben. — Ähnlich äußern sich der „Intransigent“ und das „Journal des Debats“.

Die geplakzte Genfation

Wochenlang ist von der Presse der deutschnational-kommunistischen Koalition mit dem Namen Barmat ein unerhörter Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie geführt worden. Täglich füllten neue sensationelle Enthüllungen die Spalten der Standaalblätter und bildeten die Begleitmusik zu dem praktischen Tun der national-kommunistischen Bundesbrüder, das in dem Ansturm auf die republikanische Regierung Preussens, in dem vorübergehenden Sturz des Ministeriums Braun bestand.

Am Mittwochabend nun sollten sich die gehäufte Anklagen höchst schauerlich vor dem preussischen Untersuchungsausschuß bemähten. Hierig sprühten sich die Ohren der Sensationsreporter, um endlich das vernichtende Material gegen die sozialdemokratische „Korruption“ in authentischer Form zu erhalten.

Aber — die Berge hatten geteilt und winzige Mäuselein wurden geboren. Wie schon in so viel früheren Fällen zerstückelten die unerhörten Anschuldigungen gegen sozialdemokratische Staatsmänner in nichts, als man ihnen im Wege des konkreten Beweisverfahrens auf den Leib ritt. Es war eine jammervolle Blamage für die Enthüller.

Der erste Schlag war gegen den Reichspräsidenten Ebert gedacht, als Vorbereitung auf die kommende Präsidentenwahl, als Ergänzung der Magdeburger Sinffanonade. Aber es war nur festzustellen, daß Reichspräsident Ebert sich in der ganzen Angelegenheit außerordentlich korrekt und in vollem Umfang seiner Amtspflicht gewachsen gezeigt hat. Eine geringfügige, ohne sein Wissen begangene Inkorrektheit seines Privatsekretärs, des inzwischen verstorbenen Franz Krüger, hat Ebert sofort, als er davon Kenntnis erlangte, in nicht mißzuverstehender Weise gerügt. Es blieb noch die Angelegenheit des Dauervisums für Deutschland, das Ebert im Jahre 1919 dem Julius Barmat durch seine Fürsprache verschafft haben soll. Aber die Akten ergaben, daß dieses Dauervisum beim deutschen Gesandten in Holland beantragt und von diesem bereits beschloffen war, ehe überhaupt Ebert von der ganzen Angelegenheit Kenntnis erhielt. Bei der ganzen Sache handelte es sich lediglich um die — aus unbekanntem Grund — verzögerte Ausständigung des bereits beschloffenen Dauervisums, und auch hier hat Ebert nichts weiter getan, als daß er eine an ihn gelangte Annahmung weitergegeben hat. Schon vor diesem Dauervisum hatte das holländische Generalkonsulat in mehreren Fällen Einzelvisa an Julius Barmat gegeben, daselbe Generalkonsulat, auf dessen angeblich ungünstige Urteile über Barmat sich jetzt die Standaalpresse beruft. Der Reichspräsident Ebert hat Barmat überhaupt nur im Jahre 1919 ein- oder zweimal bei offiziellen Empfängen und seitdem nicht wieder gesehen. Das ist alles, was von den fürchterlichen Anschuldigungen gegen den Reichspräsidenten als Tatbestand übrig blieb.

Ein zweites schandwürdiges Verbrechen sollte der Reichskanzler a. D. Bauer begangen haben, zusammen mit dem preussischen Innenminister Severing, indem sie den vier Brüdern Barmat als angebliche Mitglieder der holländischen Geländeschaft im Jahre 1920 die Einreise nach Deutschland ermöglicht hätten. So las mans vor Tisch, und auch noch im Ausschuß wurde von deutschnationalen und kommunistischen Schwägern stundenlang das phantastischste Zeug über diesen Fall kolportiert, bis durch wenige Sätze Bauers auch dieser Schwindel zusammenbrach. Eritens handelte es sich nicht um eine Einreise, sondern um eine Durchreise. Zweitens betraf die Angelegenheit nicht die vier jetzt unter Anklage stehenden Brüder Barmat, sondern deren betante Eltern, eine Tochter und drei unmündige Enkelkinder. Bei Po-

gromen, die im Anschluß an Kämpfe zwischen Weiß- und Rotgardisten in Bessarabien ausbrachen, war die Familie unter Zurücklassung aller Habe nach der rumänischen Grenze geflüchtet. Man gestattete ihr, zu ihren begüterten Verwandten nach Holland zu reisen, wobei sie auch deutsches Gebiet passieren durfte. Also ein reiner Akt der Menschlichkeit, ohne den geringsten politischen oder wirtschaftlichen Zusammenhang. Und darum Räuber und Mörder! Zu allem Ueberflus wurde noch festgestellt, daß das Durchreisepassum von der deutschen Gesandtschaft in Bukarest gegeben war und gegeben werden mußte, weil eine Einreiseerlaubnis für Holland vorhanden war.

Dann trat der Hausbesitzer-Ladendorff in die Schranken mit neuem fürchterlichen Anlagematerial gegen Reichskanzler a. D. Bauer. Bauer soll als Reichskanzlerminister die ehemalige Armeekonzerensfabrik Sichelhorst bei Spandau an die Barmats veräußert haben. Aber erstens befindet sich diese Fabrik noch heute im Besitz des Reiches, sie ist lediglich im Jahre 1919 in eine Aktien-gesellschaft umgewandelt worden, von der das Reich die hohe Aktienmajorität von 75 Prozent in Händen behält, zweitens war zur Zeit dieser Umwandlung gar nicht Gustav Bauer, sondern der Demokrat Gothein Schatzminister, drittens hat Barmat seinen effektiven Aktienanteil von etwa 11 Prozent, der ihm keinerlei Einfluß auf die Leitung der Fabrik gewährt, erst mehrere Jahre nach der Umwandlung im freien Verkehr erworben.

In diesem Stil ging die „Enthüllung“ noch stundenlang fort. Es ist nicht möglich, alle Einzelheiten auf gedrängtem Raum darzulegen. Das einzig Positive war, daß einige Zeugen wie der Landtagsabgeordnete Hellmann und der Polizeipräsident Richter in mannhafter und geteuerter Weise ihr privates Freundschaftsverhältnis mit Julius Barmat jetzt vertreten, was das Anklage über Barmat heringebrochen ist, in wohl-tuendem Gegenatz zu dem kommunistischen Feindling Rosen, der jetzt in lignerischen und zweideutigen Erklärungen seine privaten Beziehungen zu Barmat zu verneinen sucht, die aber gerade von dem Zeugen Richter in sehr positiver Weise bekundet und unterfriten wurden. Doch auch gerade in Bezug auf die persönlichen Freunde Barmats ließ sich nur feststellen, daß keiner von ihnen sich aus Freundschaft zu einer inkorrekten Handlungsweise hat verleiten lassen. Es wurde von der Gegenseite auch nicht einmal der Versuch eines solchen Verweies unternommen.

Aber die Geföhler der enttäuschten Enthüller sollten noch viel länger werden, als Genosse Severing auf eine an ihn gestellte Frage zur Gegenoffensive schritt und einmal an einem konkreten Fall zeigte, wie das alte System in Paganengelegenheiten gearbeitet hat. Er verlas ohne jeden Kommentar Aktensätze, aus denen hervorgeht, daß ein Freiherr von Brandenstein, nachdem er wegen homosexueller Beziehungen aus dem Potsdamer Garderegiment entfernt war und gerichtlich verfolgt wurde, auf Betreiben des preussischen Ministers von Mühlberg einen falschen Paß auf den Namen eines Ingenieur Barth nach der Schweiz erhielt, sogar einen besonders bevorzugten sogenannten Ministerialpaß. Sinter dieser Schiebung aber stand nach Inhalt der Akten eine hochgeleitete Persönlichkeit aus der alternativen Umgebung der Kaiserin“. Und das Bild des alten Systems rundete sich, als Genosse Kuttner den Fall in Erinnerung brachte, in dem die Seehandlung ihre Mittel dazu bezug, um eine Spielbank des Fürsten Radziwill an den Prinzen von Wales — der Fürst hatte in einer Nacht die niedliche Summe von 2 Millionen Mark in Poker an den Prinzen verloren — innerhalb 24 Stunden zu deden,

und dafür noch vom Kaiser besonders belobigt wurde. Der volksparteiliche Abgeordnete Stendel fand diese Transaktion durchaus in der Ordnung, denn sie geschah ja zur Zeit der Monarchie. . . . Die ernsthafteste bürgerliche Presse ist mit Recht darüber ungehalten, daß der Ausschuß so viel Stunden kostbarer Zeit mit persönlichem Klatsch und Tratsch vergeudet, anstatt den Finger in die wirkliche Wunde zu legen: die unglaublich laze und leichtfertige Geschäftsgebarung der Preussischen Staatsbank. Aber die Sozialdemokratie hat keine Ursache, diesen Debatten auszuweichen. Je rascher die Luft von den Miasmen der persönlichen Verleumdung gereinigt wird, desto eher kann die positive Arbeit beginnen. Aber eins muß gesagt werden: wenn derartige Dinge unter dem Sozialdemokratischen Finanzminister Lüdemann in der Seehandlung passiert wären, so wäre wohl jeden Tag ein Artikel in der Rechtspreffe erschienen mit der Überschrift: „Aus dem Reich des Herrn Lüdemann“. Warum nennt die

Rechtspreffe bis heute nicht den Namen des verantwortlichen volksparteilichen Finanzministers, des Herrn v. Richter?
In der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom Donnerstag wurde Staatsminister Severing gefragt, ob es auch früher möglich gewesen wäre, daß etwa wie in dem durch die Presse gegangenen Falle, der Durchreise der Eltern Barnats, Pässe oder Durchreisegenehmigungen von einem Ministerium ohne genaueste Prüfung des Sachverhalts ausgestellt würden. Minister Severing erwiderte, daß er schon beim ständigen Durchsehenlassen der Akten seines Ministeriums Präzedenzfälle gefunden hätte. Er beugnete sich aber damit, einen besonders eigenartigen und interessanten Fall anzuführen. Da dieser Fall in den Berichten angeht des großen Umfangs der Ausschußprüfung nur gestreift wurde, veröffentlicht der Amtliche Preussische Pressedienst die vom Minister Severing verlesenen Urkunden und den Text des Passes im Wortlaut:

Wettervermerk im Königlichen Ministerium des Innern!

Es ist sehr! Excellenz v. Mühlberg läßt um Ausfertigung eines Ministerialerlasses für Herrn Ingenieur Werner Barth aus Reblitz nach der Schweiz bitten. Excellenz von Mühlberg hat sagen lassen, der Paß möchte ihm sobald als irgend möglich ausgehändigt werden.

ges. Dinstag 14. 8.

- V.
- 1. Der Paß ist auszufertigen
- 2. Zu den Akten.

Berlin, den 14. August 1903.

H. v. Bismarckhausen.

Der ausgestellte Ministerialpaß hatte den folgenden Text:

Reise-Paß
= Ein Jahr =
Paß Journal Nr. 84
Drei Mark
Stempel und Gebühren.

Wir Wilhelm
von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Erlauchen hiermit, unter dem Versprechen einer vollkommenen Erwidmung, alle Militär- und Zivilbehörden auswärtiger Staaten, unseren sämtlichen Militär- und Zivilbehörden aber dieselben Wir ausbrüchlich, auf Verweisung dieses dem Ingenieur Werner Barth in Reblitz wohnhaft, nach der Schweiz und weiter im Auslande frei und ungehindert reisen, auch nötigenfalls ihm Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.
Gegeben Berlin, den 14. August 1903.
Ein Laubend Reunhundert und drei.

Auf Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Special-Befehl.

Der Minister des Innern.
H. v. Bismarckhausen.

Stempel:
Königl. Preuss. Ministerium des Innern.
Unterschrift des Passinhabers: Werner Barth.

II.

Frankfurt a. M., den 23. September 1909

Der königliche Polizei-Präsident
Eggh., Nr. IV 13337
S. P.

Geheim!
Betrifft: den Ministerialpaß des Ingenieurs
Werner Barth in Reblitz.
Ohne Verfügung

Wiesbaden, den 8. 10. 1909.
U. A. nebst Anlage ergeht zurück mit dem
Erlauchen, zur Vervollständigung der Vorlage
noch eine Schriftprobe des eigenhändig nie-
vergezeichneten Namens des v. Branden-
stein beizufügen zwecks Vergleichung mit
den Schriftproben des Passinhabers Werner
Barth.

Der Regierungspräsident
J. A.
ges. Unterschrift.

An
den Herrn Regierungspräsidenten
zu Wiesbaden.

Der Polizeipräsident
IV S. P. 13337

Geheim!

Der Minister des Innern
11 f 1819
Wiesb., d. 21. 10. 09 mit 2 Anl. Mandbericht
des Reg. Präs. in Wiesbaden vom 16. 10. 09
C 3839 II Aug. —, betr. einen für den
Ingenieur Werner Barth in Reblitz im
Jahre 1903 ausgestellten Ministerialpaß.

Wiesb., d. 21. 10. 09 mit 2 Anl. Mandbericht
des Reg. Präs. in Wiesbaden vom 16. 10. 09
C 3839 II Aug. —, betr. einen für den
Ingenieur Werner Barth in Reblitz im
Jahre 1903 ausgestellten Ministerialpaß.

Bei den Sachen des Kunstmalers Werner Freiherr von Brandenstein, geboren am 18. August 1877 zu Münster, zur Zeit hier wegen Verweilens aus § 175 R. St. G. B. in Untersuchungshaft, ist der angeführte Ministerialpaß vom 14. August 1903 gefunden worden. Von Brandenstein suchte das Papier zu berechnen. Der Paß lautet auf den Ingenieur Werner Barth in Reblitz, ist am 14. August 1903 ausgestellt, trägt Nr. 84 des Paß-Journals. Der Paß ist auf 1 Jahr gültig gewesen und lautet bereits 1904 abgelaufen.
Auf Befragen, welche Bewandnis es mit dem Paß habe, hat Brandenstein folgendes erklärt: Im Jahre 1903 sei er, infolge seiner homosexuellen Betätigung mit Männern, aus dem 1. Garde-Regiment entlassen worden und ins Ausland verbannt. Um ihm sein Fortkommen im Auslande zu erleichtern, hätten ihm Verwandte und Gönner den Paß verschafft, ohne das Ministerium im Inlande zu lassen, für wen derselbe bestimmt sei. Der Paß sei ihm seinerzeit ins Ausland nachgeliefert worden. Somit wisse er sich nichts zur Sache zu erinnern. Die genannte Betätigung des Schriftstellers habe er unternommen, um den beteiligten Beamten Unannehmlichkeiten zu ersparen.
Die Identität von Brandenstein habe ich in Potsdam feststellen lassen. Ein Ingenieur Werner Barth ist in den 3 Orten des Namens Reblitz nicht bekannt. Die Angaben von Brandenstein, die kaum glaubhaft erscheinen, können hier einer weiteren Nachprüfung nicht unterzogen werden.
Ich stelle die Vorlage des Passes an höherer Stelle zur geneigten Erwägung.

In Vertretung
Mahrenholz.

Frankfurt a. M., den 12. Oktober 1909.

Artschriftlich
dem Herrn Regierungspräsidenten
zu Wiesbaden

mit einer Schriftprobe des von Brandenstein zurückgeschickt.
Von Brandenstein ist inzwischen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden, welche Strafe er zur Zeit verbüßt.

Schrenkberg.

Wiesbaden, den 16. Oktober 1909.
Artschriftlich nebst den Anlagen dem Herrn Minister des Innern
in Berlin
überreicht.

Der Regierungspräsident
v. Meißner.

Berlin, den 20. Oktober 1909.

Mit 5 Anlagen u. A.

An den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten

zur geneigten Kenntnisnahme ergeht überliefert.
Der Paß vom 14. August 1903 ist auf das meinem Centralbüro übermittelte Erlauchen des damaligen Unterstaatssekretärs von Mühlberg für den Ingenieur Werner Barth aus Reblitz angefertigt und Herrn von Mühlberg überliefert worden. Von einer vorgängigen tatsächlichen Prüfung des Antrages war seiner Zeit abgesehen, weil in der Persönlichkeit des Herrn Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes ohne weiteres volle Gewähr für die Zuverlässigkeit der Ausstellung und ordnungsmäßigen Verwendung des Passes gefunden werden mußte. Sollten hierüber Zweifel bestanden, so würde ich Passausfertigung, wie ich nicht hervorheben brauche, selbstverständlich unterbleiben sein.
v. Meißner.

Rom, den 14. November 1909.

An eine Passausstellung für einen gewissen Ingenieur Werner Barth aus Reblitz oder an besondere Umstände, ich diese Ausstellung besagte hätte, kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich entinne mich nur, daß während meiner Amtsführung einmal eine hochgehaltene Persönlichkeit aus der allerersten Umgebung Ihrer Majestät der Kaiserin mich aufsuchte und um Ausstellung eines Passes für einen erkrankten Verwandten über Bekannten bat. Es ist möglich, daß es sich damals um die Ausstellung eines Passes auf den Namen Barth handelte. Nach Verlauf von langer Jahre vermag ich dies aber nicht mehr anzugeben. Persönlich ist mir weder ein Ingenieur Barth noch ein Freiherr Werner von Brandenstein bekannt.
ges. Mühlberg.

Er. Exz. dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
Herrn von Bethmann Hollweg.

Aus dem Haushaltsausschuß des badischen Landtags

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 29. Januar wurde für den Anschluß Badens an den Internationalen Luftverkehr der bad. Regierung ein Kredit von 200 000 M. bewilligt. — Hierauf wurde in die Beratung der Anträge eingetreten, die die Verwendung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg, und seine Unterstellung unter den Verwaltungsbereich des Landesfinanzamtes Karlsruhe betrafen. Der Antrag der lib. Volkspartei, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Heuberg zeitweise wieder den Zwecken der militärischen Truppenübungen zugeführt werden solle, wurde mit 10 gegen 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, abgelehnt. Der Antrag sämtlicher Frauenabgeordneten (ohne lib. Volkspartei) für den Weiterbetrieb des Kindererholungsheims Heuberg, eingetretet, jedoch einstimmig angenommen. Die Mehrheit des Ausschusses war sich klar darüber, daß die Förderung der Volksgesundheit, die Hilfe für die Kinder, unbedingt vorzuziehen sei; und die Interessen einiger Interessenten der Geschäfts- und Handelswelt des Heubergs, die ihre Geschäfte durch den Militärbetrieb gefördert sehen wollen, unbedingt hinter die allgemeinen Interessen zurück zu treten haben. Dem ein gleichzeitiger Betrieb der Kindererholung und der militärischen Belegung des Lagers wurde von allen Seiten als unmöglich bezeichnet. Welche große und segensreiche Hilfe für die Kinderfürsorge aus dem Heuberg-Erholungsheim herbeigeht, beweisen die Zahlen der in den letzten Jahren untergebrachten Kinder: — Im Jahre 1921: 12 727, im Jahre 1922: 13 457, im Jahre 1923: 9 990, im Jahre 1924: 9 122.

Für 1925 sind schon über 4000 Kinder angemeldet. Daß diese Zahl in dem letzten Jahr zurückgegangen ist nur dem Mangel an verfügbaren Mitteln anzuschreiben. Diese Zahlen beweisen aber auch, wie wichtig die Förderung des charitativen Unternehmens für die heranwachsende Jugend geworden ist. Verbunderlich war nur, eine gewisse engberzigke, landsmannschaftliche Einstellung einzelner bürgerlicher Abgeordneter, die glaubten, wünschen zu müssen den Erholungsbetrieb mehr auf badische oder süddeutsche Verhältnisse, statt auf allgemein deutsche, einzuschränken. Der Antrag der Unterstellung unter den Landesfinanzamtbezirk Karlsruhe wie die Unterstützung der Landwirtschaft durch möglichst große Herabgabe von Bachtafelände wurde einstimmig angenommen.

In der Sitzung am 30. Januar wurden die sozialdemokratischen Anträge, die Lohn- und Gehaltssteuer, in Verbindung mit einem ähnlichen Antrag des Zentrums vereinigt in einem einzigen Antrag einstimmig angenommen.

Der Antrag fordert für die Neuregelung folgendes:

- a) Der steuerfreie Betrag wird auf monatlich 100 M. und auf wöchentlich 25 M. erhöht.
- b) Statt 10 v. H. werden künftig bis zu einem steuerbaren Einkommen von 3000 M. 8 v. H. als Steuerfuß erhoben. Die Degression bleibt in ihrem bisherigen Umfang bestehen. Beim Vorhandensein von 4 nicht erwerbsfähigen Kindern werden bei einem monatlichen Arbeitseinkommen von nicht über 150 M. Lohnabhängige nicht gemacht.
- c) Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerabzug kommt nicht zur Erhebung, wenn der Steuerbetrag monatlich 1 M. wöchentlich 25 Pfennig nicht übersteigt.
- d) Lohnempfänger (Zahlon, Kurs- und dergleichen Arbeiter), deren Gesamteinkommen jährlich den unter a) genannten und den nach c) sich ergebenden Betrag nicht übersteigt, können Erhaltung der abgezogenen Lohnsteuer beantragen, soweit nicht schon Steuerfreiheit nach b) gegeben ist.

Der Antrag des Landbundes, Abgeltung der Einkommenssteuer für das Jahr 1924 betreffend, wurde nach Darlegungen der Regierung über die geplante Neuregelung des Steuerwesens zurückgezogen und ein Antrag der lib. Volkspartei, der die Verdrückung der landwirtschaftlichen Betriebe verlangt, die nicht mehr als vierteljährlich 10 M. zu bezahlen haben, mit 15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen.

In der folgenden weiteren Aussprache wurde, nach Darlegungen der Regierung über den geplanten neuen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, in Verbindung mit den hierzu geäußerten Wünschen und Anträgen, der Denkschrift des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner „Reich und Länder“, beizufügen, die Weiterberatung bis nach Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu vertagen.

In der Nachmittagsitzung wurde die Regierungsvorlage beraten. Bürgerschaft des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen. Hiernach soll folgenden Organisationen eine Bürgerschaft in höchstens einer Gesamthöhe von 10 Millionen geleistet werden:

- 1. Bad. Landwirtschaftsbank Karlsruhe 2 Mill.
- 2. Bad. Bauernbank Freiburg 2 „
- 3. Landw. Hauptgenossenschaft Karlsruhe 2 „
- 4. Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft des badischen Bauernvereins Freiburg 2 „
- 5. Zentrale der landw. Lagerhäuser N. G. in Tauberbischofsheim 2 „

Das Land Baden übernimmt dabei von der Gesamtsumme 2 Prozent, was eine Belastung für die Staatskasse in Höhe von höchstens 170 000 M. entspricht, bis zu Abdeckung der Kredite durch die Organisationen, die vollständig am 1. Dezember 1925 zu erfolgen hat. In Verbindung damit wurden alle Anträge gestellt, die von verschiedenen Parteien zur Unterstützung der Landwirtschaft mit Staatskrediten eingebracht wurden. Nach längeren Ausführungen von Rednern aller Parteien über die Kreditnot der Landwirtschaft und anderer Verursacher wurde die Regierungsvorlage unter Änderung auf die Gesamtsumme von 10 Millionen mit allen Stimmen angenommen. Die anderen Anträge wurden durch diese Annahme für erledigt erklärt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Erbefälle. Ellen Smith, alt 69 Jahre, Witwe von Georg Smith, Hotelbesitzer. Christiana Diebold, alt 87 Jahre, Ehefrau von Johann Diebold, Privatmann. Eva Nagel, alt 88 Jahre, Witwe von Friedr. Nagel, Schloffer. Emma Bögele, alt 84 Jahre, Witwe von David Bögele, Bildhauer.

Die Goldmilliarde für die Ruhrkapitalisten

Noch ein bürgerlicher Geldverleugungsstandal

Der 700 Millionen-Raub, der als Ruhrrentschädigung zum größten Teil bereits in die Taschen der Ruhrindustrie geflossen ist, erscheint noch viel ungeheuerlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Ruhrindustrie und vor allem der Bergbau bereits während des Ruhrkampfes einen Betrag in Höhe von rund einer Goldmilliarde für Materialabgeltung erhalten hat. Diese Tatsache ist bisher und auch jetzt bei der Debatte über die Ruhrrentschädigungen noch nicht mit genügendem Nachdruck der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Auch die Goldmilliarde hatte keine gesetzliche Grundlage und war einfach à fond perdu gegeben worden. Mit dieser Summe hat der Bergbau seine Betriebe technisch wieder auf den Stand von 1914 gebracht. Das Geld ist auch vielfach zu Spekulationen verwendet worden. Damals, also sogar unter der Cuno-Regierung, betrachtete man bei den maßgebenden Stellen, z. B. dem Reichsarbeitsministerium, es als Selbstverständlichkeit, daß die Goldmilliarde in irgend einer Form später in Rechnung gesetzt werden müsse. Statt dessen haben jetzt die Streikmänner in der Reichsregierung es fertig gebracht, dieser Goldmilliarde noch weitere 700 Millionen nachzuwerfen.

Sozialdemokratische Tätigkeit zum Schutze der Frauen und Arbeiter

Der Haushaltsausschuss des Reichstags leitete am Freitag die Beratungen des Vorantrags für das Reichsarbeitsministerium fort. Angenommen wurde ein Antrag Giebel (Soz.), die Leistungen für die Waisenrente und Waisenfürsorge ausreißend zu erhöhen. Frau Bohm-Schuh (Soz.) erklärte eine gesetzliche Regelung der Beschäftigung der Frau vor und nach der Niederkunft als dringend notwendig. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sagte sie zu.

Im Verlauf der Aussprache über das Internationale Arbeitsamt beantragte die Sozialdemokratie, den Ansat des Vorantrags von 208 000 auf 219 825 M. zu erhöhen, weil der Beitrag nicht 260 000, sondern 278 781 Goldmarken beträgt, ferner die rückständigen Beiträge an das Internationale Arbeitsamt für 1922-1924 in Höhe von 668 969 M. in einem Nachtragsgesetz vom Reichstag einzufordern. Minister Brauns stimmte dem ersten Teil des Antrags zu, Abg. Lambach (Dk.) erklärte, die Sozialdemokraten würden ihren früheren Antrag auf Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt nicht wieder aufnehmen, weil die ganze Frage im Zusammenhang mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund neu aufgeworfen werden müsse. Seine Partei werde den regulären Beitrag bewilligen, nicht aber die Bezahlung der rückständigen Beiträge. Kappel (Komm.) lehnt namens seiner Fraktion das Internationale Arbeitsamt grundsätzlich ab. Schließlich wird der erste Teil des sozialdemokratischen Antrags angenommen, der zweite Teil gegen die Sozialdemokraten abgelehnt. Annahme findet ein Antrag, bei den Verhandlungen beim Arbeitsamt auf volle Gleichberechtigung Deutschlands hinzuwirken.

Angenommen werden dann ein Antrag Hoff (Soz.), der das Wiedererschließen der Gewerkaufsichtsbereiche fordert, ferner ein Antrag Bohm-Schuh (Soz.), auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung für Jugendliche und der Meldeobligationen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren; schließlich ein sozialdemokratischer Antrag, der die Kenterung zu möglichster Beschleunigung der Vorarbeiten für eine Reichsverordnung über den Bauarbeiterlohn anfordert.

Kommunistische Vorbereitungen für den Bürgerkrieg

München, 1. Febr. (Eig. Bericht.) Die Münchener Polizei-Inspektion hat vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß der illegale KPD-Bezirk Südbayern an der Organisation und dem Ausbau eines sogenannten „Ordnungsdienstes“ arbeitet. Die Ermittlungen über das Wesen dieser Organisation haben folgende Ergebnisse:

Der Ordnungsdienst ist als eine kommunistische Schule für den Bürgerkrieg sowohl in technischer wie militärischer Hinsicht zu betrachten. Die KPD will sich mit dem Ordnungsdienst eine disziplinierte und straff organisierte Kerntruppe schaffen, der die Aufgabe zukommt, bei einem bewaffneten Aufstand die Führung der Massen zu übernehmen und den Grundstoß für eine rote Armee zu bilden. Das Grundprinzip bei der Organisation dieses Ordnungsdienstes ist das sogenannte „Küster-System“, d. h. je fünf Ordnungsdienstgenossen bilden eine Gruppe, vier dieser Gruppen vereinigen sich zu einem Zug, fünf Züge zu einer Hundertschaft. Der Bezirk Südbayern des Ordnungsdienstes ist in vier sogenannte Arbeitsgebiete eingeteilt. Der erste Bereich ist München, der zweite Augsburg, der dritte Rosenheim und Passau. Die wichtigste Aufgabe des Ordnungsdienstes ist die Zusammenfassung der gewalttätigen und entschlossenen kommunistischen Parteimitglieder. In welcher Richtung sich die Ausbreitung der Gruppen bewegt, zeigt das letzte Informations-schreiben, das die Münchener Leitung an ihre Ortsgruppen ver-sandt hat und worin diese dringend aufgefordert werden, der Heranbildung von Dackstücken, Handgranatenwerfern usw. ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dem Ordnungsdienst sind verschiedene Abteilungen angegliedert: ein Nachrichten-dienst, ein Besetzungsdienst, ein Sanitätsdienst und ein Verbindungs-dienst. Dem Nachrichten-dienst obliegt es, die Stärke, Stimmung und Zahl der Gegner festzustellen. Jeder Ordnungsdienst-Bezirksführer muß von Zeit zu Zeit der Berliner Zentralleitung über den Stand der militärischen Wehrmacht des Reiches und der Polizei in seinem Bezirk Meldung machen. In letzter Zeit war der Nachrichten-dienst besonders mit der Erkundung des Reichsstandes Schwarz-Rot-Gold beschäftigt. Der Besetzungsdienst hat die Aufgabe, durch eine zielbewußte, auf die Befreiung der Machtmittel des Staates gerichtete Tätigkeit den Weg für den gewalttätigen Umsturz vorzubereiten. Diese Maßnahme sollte bei verschiedenen Gruppen schon begonnen. Am 17. Januar gelang es nun in München, den Leiter des Ordnungsdienstes für

Südbayern in der Person des 33jährigen Monteurs Karl Mayer festzunehmen, als er gerade das Landtagsgebäude verließ. Bei Mayer wurde umfangreiches Material vorgefunden. Er war eben im Begriff, dieses Material an einen vor dem Zugriff der Polizei geschützten Ort zu verbergen. Nach den Aufzeichnungen Maysers ist der Ordnungsdienst Südbayern gegenwärtig 650 Mann stark. Bei Mayer wurde auch der Nachweis dafür gefun-den, daß sich die Tätigkeit des Ordnungsdienstes auf die Beschaf-fung von Waffen erstreckt. Auf Grund der vorgefundenen Mit-gliederverzeichnisse wurden bis jetzt 33 Personen verhaftet und ins Münchener Polizeigefängnis überführt. Da es sich bei dem Ordnungsdienst um eine hochentwickelte Organisation handelt, wird sich das Reichsgericht mit der Strafverfolgung zu befassen haben, so daß sich in Leipzig in einigen Monaten wieder ein großer Kommunistenprozess abspielen dürfte.

General Wille gestorben

General Wille, der Befehlshaber der Schweizer Armee vor und während des Weltkrieges, ist in der Nacht vom Freitag auf Samstag gestorben. Seine Leiche wird militärisch und protestantisch beigesetzt — er stand in hoher Gnade bei Wilhelm II., der ihn vorzeitig auch auf Wilkes Einladung den Schweizer Alpen abholte — fand in der Schweiz starke Kritik und führte zu Auseinandersetzungen, die schließlich den Rücktritt des Schweizer „Adelndorff“ zur Folge hatten.

Um die Entkinder des Kaisers Franz Josef

Wien, 1. Febr. (Eig. Bericht.) Ein neuer Streit, in dessen Mittelpunkt die Arentel des Kaisers Franz Josef stehen, verursacht große Aufregung in Wien und ganz Deutsch-Österreich. Während die anderen Habsburger sich in Oesterreich aufhalten, um gegen die Republik zu wühlen, lebt bei Wien in stiller Abgeschiedenheit eine ehemalige Habsburgerin, die Enkelin des Kaisers Franz Josef, die Tochter des Kronprinzen Rudolf, Eleonore, die mit dem ungarischen Fürsten Windischgrätz verheiratet war, seit vielen Jahren aber von ihm geschieden ist. Schon vor einigen Jahren machte der Fürst den Versuch, die Kinder, die gerichtlich der Frau zugeprochen sind, ihr zu entziehen. Damals haben die Arbeiter von Schönau, um Elisebeth Windischgrätz, wie sie sich heute nennt, mit ihren Kindern zu retten, indem sie sich gegen eine gemeinsame Entführung zur Wehre setzten. Angewiesen hat die ehemalige Habsburgerin die Österreichische Staatsbürgererschaft erworben und lebt als einfache Bürgerin in Schönau und Wien. Ihre vier Kinder läßt sie als einfache Bürgerkinder erziehen. Der älteste, Franz Josef, behält eine landwirtschaftliche Anstalt, der zweite eine Kunstakademie und der dritte, namens Rudolf, ist seit einiger Zeit Schlichter in einer Automobilwerkstätte. Das war dem Vaterpräsidenten in Ungarn doch zuviel, sein fürstlicher Stroh mit einem Arbeiter in einer Werkstätte. Also mandatierte er sich mit einer Beschwerde an das Vormundschaftsgericht, das diesem Unbefugten abhelfen soll. Auf die Entscheidung des Gerichtes darf man sehr gespannt sein.

Ein Schlichtungsausschuss-Vorsitzender für Verlängerung der Arbeitszeit

Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Die Gewerkschaften, voran der Bundesausschuss des ADGB, arbeiten seit Monaten an der Wiederherstellung des von den Unternehmern den Arbeitern mit den kostspieligsten Mitteln entzogenen Achtstundentages. Die gesetzgebenden Körperschaften können nicht umhin, dem berechtigten Drängen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. In der Schweiz- und Hüttenindustrie ist ab 1. April der 8-Stundentag durch Verordnung wieder restlos hergestellt. Die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens ist nur noch eine Frage der Zeit, oder aber das deutsche Volk wird durch eine Volksabstimmung befragt werden, und vor dieser Abstimmung haben die Schlichter in der Unternehmerrage eine helle Angst.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband Verwaltungsratschef Karlstrube hatte mit dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens ein Kollektivabkommen abgeschlossen, welches die 48-Stunden-Woche vorsah. Auf Grund der Arbeitszeitverordnung kündigte der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens den § 1 des Kollektivabkommens betr. der Arbeitszeit. Da keine Einigung über die Arbeitszeit erzielt werden konnte, wurde am 6. Februar 1924 ein Schlichtungsausschuss vor dem hiesigen Schlichtungsausschuss gefällig, wonach die Unternehmer das Recht belamen, die Arbeitszeit nach Bedarf auf 51 Stunden auszuweihen. In einer Abstimmung der Mitglieder des D.M.V. wurde damals dieser Schlichtungsbescheid, jedoch die 2-Majorität zur Arbeitszeitverlängerung nicht erreicht.

Seit dieser Zeit wird nun in den meisten Metallbetrieben 51 Stunden die Woche gearbeitet. Seit April 1924 stehen wir nun mit dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens in Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen A.A. Die Verhandlungen scheiterten, da die Unternehmer neben der Verlängerung der Arbeitszeit, die Verfürgung des Urlaubs und eine ganze Reihe Verschlechterungen unseres A.A. verlangten. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, da keine Aussicht auf eine Einigung bestand. Während des Jahres 1924 wurde stillschweigend das Weiterbestehen unseres alten Tarifvertrages von beiden Seiten gebildet. Ende 1924 beantragte nun der Verband der Metallindustriellen die Lösung des allgemein verbindlich erklärten A.A. bei der Reichsarbeitsverwaltung. Der D.M.V. rief nun den Schlichtungsausschuss Karlsruhe zur Entscheidung an. Kurz vor der Sitzung wurde bekannt, daß als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Landesgerichtsdirektor Dr. Schick fungiere. — Bei allen Schlichtungsprozessen, an welchen Dr. Schick als Vorsitzender mitgewirkt, speziell in Lohnfragen, hat er den Beweis erbracht, daß er darauf bedacht war, die Hände der Metallarbeiter zu drehen, jedoch dieselben heute zu den schlichtungsabgelehnten aller Arbeiter von Karlsruhe und Umgebung zählen. — In allen funktionslosen Sitzungen des D.M.V. wurde dies zum Ausdruck gebracht. Die Nichtstimmung unter den Metallarbeitern gegen Dr. Schick wuchs in den letzten Monaten ins Ungemeine. Aus all diesen Gründen wurde dem Schlichtungsausschuss folgende Mitteilung gemacht:

„Wie wir in Erfahrung brachten, soll in obiger Schlichtungsausschuss als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Herr Landesgerichtsdirektor Dr. Schick fungieren.“

Wie es nun hiermit Herrn Landesgerichtsdirektor, Dr. Schick wegen Befangenheit ab.

Gründe: Herr Dr. Schick hat bei allen Schlichtungsprozessen

der Metallindustrie, wo er als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses fungierte, bewiesen, daß er der Arbeiterschaft in der Metallindustrie vornehmlich geneigt ist. In allen unseren funktionslosen Schlichtungsprozessen kam dies einmütig zum Ausdruck, wenn über Schlichtungsprozesse, in welchen Herr Dr. Schick mitwirkte, diskutiert wurde.

Nicht nur die Geschäftsleitung des D.M.V., Herr Dr. Karlstrube, hat diesen Einbruch in jahrelangen Erfahrungen gemerkt, sondern auch sämtliche Funktionäre, wie Betriebsräte und Vertrauensleute unserer Organisation, welche Gelegenheiten hatten, in öffentlichen Sitzungen den Verhandlungen beizuwohnen, in welchen Herr Dr. Schick den Vorsitz führte.

Bei der großen Bedeutung, welche der Abschluß eines neuen Rahmenvertrages für die Metallindustrie hat, und welcher erst für Jahre Gültigkeit haben wird, können wir nach den gesammelten Erfahrungen Herrn Dr. Schick nicht das Vertrauen entgegenbringen, daß er objektiv und unparteiisch bei der Fällung eines Schlichtungsbescheides mitwirkt.

Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, einen anderen Vorsitzenden bestellen zu lassen.“

Darauf wurde die angeforderte Sitzung ausgesetzt und dem Ministerium des Innern die Beschwerde überwiesen. Dieses lehnte die Beschwerde auf formalen Gründen ab. Wegen dieser Entscheidung ist dem Ministerium des Innern Protest eingelegt worden. Neuer Termin des Schlichtungsausschusses wurde nun auf den 28. 1. 25 festgesetzt. Am 28. 1. abends tagten die Funktionäre des D.M.V., welche nach kurzer Debatte einstimmig folgende Resolution annahm:

„Die Funktionärskonferenz des D.M.V. Karlsruhe vom 28. Januar 1925 erklärt nochmals ausdrücklich, daß sie zu dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Karlsruhe, Herrn Dr. Schick kein Vertrauen hat und die Maßnahmen der Reichsarbeitsverwaltung resp. der Geschäftsleitung in vollem Maße billigt.“

Diese Resolution wurde vor der Sitzung des Schlichtungsausschusses verlesen.

Nachdem die beiden Parteien nunmehr ihren Standpunkt vertreten, wurde die Beratung des Schlichtungsausschusses am 30. Januar, mittags, vertagt. In der Sitzung selbst trat nun das Un glaublicke ein, das wir allerdings bei der Vereinigenommenheit eines Dr. Schick gegen die Metallarbeiter befürchten mußten. Herr Dr. Schick stimmte für eine Verlängerung der Arbeitszeit von 41 auf 51 Stunden in der Woche. Darauf erfolgte ein Vorgang, den der Schlichtungsausschuss noch nicht erlebt hat. Die beiden Arbeiterbevollmächtigten nämlich einmütig auf und verlassen die Sitzung. Alle Drohungen des Vorsitzenden nützte nichts, die Arbeiterbevollmächtigten A. Luge und D. Eißler erklärten, daß sie niemals ihre Zustimmung zu einer Verlängerung der Arbeitszeit geben und selbst unter Strafandrohung an dem Zustandekommen eines solchen Schlichtungsbescheides nicht mitwirken würden. Damit war der Schlichtungsprozess beendet. Die Absicht des Herrn Dr. Schick ist geradezu bewundernswürdig. Glaubt er denn in allem Ernst, daß Arbeiterbevollmächtigte an einem solchen Schlichtungsbescheid überhaupt mitwirken können? Die Antwort bekam er jedoch am gleichen Abend in der überfüllten Funktionsversammlung.

Enttückung indesgründlich griff unter den Metallarbeitern Platz, und der Herr Dr. Schick hätte hier die wahre Stimmung der Metallarbeiter kennen lernen können. Nur der besonnenen Stellung des D.M.V. ist es zu verdanken, daß keine vorläufigen Beschlüsse gefaßt wurden, die das Wirtschaftsleben in der Metallindustrie sofort lahm gelegt hätten. Der Niederschlag der Meinung der Metallarbeiter ist in folgender, einstimmig gefaßten

Resolution

ausgedrückt:

„Die Funktionärskonferenz des D.M.V. vom 30. Januar 1925 nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Stellungnahme des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Dr. Schick in der Arbeitszeitfrage.“

In einer Zeit, wo die arbeitenden Körperschaften neben den Gewerkschaften daran sind, den gesetzlichen Achtstundentag wieder einzuführen, wo Hunderttausende Arbeitsslose auf der Straße stehen, bringt es der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Dr. Schick, die Metallarbeiter Mittelbadens eine verlängerte Wochenarbeitszeit von 51 auf 54 Stunden aufzuerlegen. Wegen eines solchen reaktionären Stellungnahme ist es nur ein entschlossenes Nein. Die Funktionäre des D.M.V. Karlsruhe billigen die Haltung unterer beiden Arbeiterbevollmächtigten A. Luge und D. Eißler, welche angesichts der reaktionären Haltung des Herrn Dr. Schick die Sitzung verlassen und damit verhandeln, daß ein Schlichtungsbescheid zustande kam, der neben einer Reihe anderer Verschlechterungen im Kollektivabkommen, die Verlängerung der Arbeitszeit betrafte.“

Für die Funktionäre des D.M.V. ist diese Haltung des Herrn Dr. Schick, als Schlichter des Unternehmers, der Alarmruf, um in den nächsten Wochen auch den letzten Mann den Organisationen der freien Gewerkschaften auszuführen. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, die bestehende Arbeitszeit-Abmachung sofort zu kündigen, und nach Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist die Metallarbeiter Mittelbadens aufzufordern, die 48-Stundenwoche streng einzuhalten und keine Ueberstunden mehr zu leisten.

Damit sind die Metallarbeiter Mittelbadens in das Vorstadium eines Kampfes eingetreten, für den einzig und allein nur der derzeitige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Dr. Schick, verantwortlich ist.

Gerichtszeitung

Ein dunkle Geschichte. Das Schwurgericht in Darmstadt hatte sich mit einem dunklen Verbrechen zu beschäftigen, in das auch die Verhandlung kein klares Licht brachte. Die Tat liegt schon bis in das Jahr 1921 zurück. Angeklagt war der Händler Heinrich Eichenbach, wohnhaft in Melsungen, der zur Zeit eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 4 Monaten verbüßt. Eichenbach gab an, die in seinem Hause in Melsungen vergrabene Leiche des Kellners Robert Müller von Birmensau aus Jucht vor falligem Verdacht dort vergraben zu haben. Der Angeklagte, der verheiratet und vierer zweier Kinder ist, soll mit der Frau des Getöteten Beziehungen unterhalten haben, die der Letztere gebildet haben soll, weil Eichenbach verschiedene strafbare Handlungen von ihm kannte. Angeblich hat der Getötete mit einem geschwungenen Flobergewehr hantiert, worauf die Augen des sich entladenden Gewehres diesen tödlich traf. Eichenbach hat dann die Leiche vergraben und die Stelle mit Zement versehen lassen. Da der Angeklagte bis zum letzten Moment leugnete und trotz größter Wahrheitsliebe nicht einwandfrei erwiesen ist, daß die Tat mit Ueberlegung geschah, mußte das Gericht auf Todesstrafe erkennen. Eichenbach wurde zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt unter Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte von 10 Jahren. Die über ihn im Jahre 1923 verhängte Zuchthausstrafe wird ihm angerechnet.

Pianos - Harmoniums erste Weltmarken, zu günstig, lesen und Bedingungen **Pianohaus Lang** Kulsersstrasse 167/1, Telefon 1073, Salamander - Schuhhaus

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Kestitalo ruhte wirklich — mit pochenden Schlägen, an die Decke starrend — solange, bis seine Frau daranging, den Nachmittagskaffee zu kochen. Da stand er auf. Zuerst legte er alle Beile, Messer und sonstige scharfe Geräte an sichere Orte.

Als der Kaffee fertig war, schickte er Helma zum Einkauf nach dem am anderen Ende des Dorfes liegenden Laden und trug ihr auf, im Vorbeigehen Untela zum Kaffeetrinken zu rufen.

Dann ließ er Manta sagen, sie solle in ihrer Kammer bleiben und den Schlüssel ausziehen.

Nachdem dies getan war, ließ er sich auf die Küchentisch nieder und wartete.

Untela kam rotbäutig und heiter herein. Es war ihm, während er allein arbeitete, ein kleiner Aenderungsversuch zu ihrem Plan für die Konradare eingeleitet, und er legte ihn jetzt fröhlich auseinander.

Kestitalo stimmte bei und wurde auch selber vernünftig — da konnte man gut fortfahren, ganz anders, als wenn sie schweigend dageblieben hätten. Seine angeborene Verschämtheit, die in der letzten Zeit ganz darniedergelegen hatte, begann sich sofort zu regen.

Es wurde die erste Tasse getrunken. Nachdem die alte Frau die zweite eingegossen, ging sie hinaus, indem sie, wie um Segen stehend, nach ihrem Manne blickte.

Kestitalo leerte seine Tasse schnell und wartete auf Untela, das Gespräch auf geeignete Weise fortspinnend.

Untela wurde mit dem Trinken fertig und stellte die Tasse auf den Tisch. Die Rauhe in dem Gespräch trat gerade ein, wie es Kestitalo gewünscht hatte.

„Ja — gewiß, so wirds ja — wirds ja gut — sehr gut werden“, sagte er, die Worte hinziehend. Das war der Abschlus des Vorhergehenden und der Übergang zu dem Neuen, und er konnte nicht hindern, daß seine Stimme hefte. Er nahm alle Fassung zusammen und verdrückte leicht zu lächeln, obwohl sein Gesicht starr war wie ein Stein, der aus der Kälte herintritt.

„Und wo es mit dir, Untela, so schön kommen mußte, daß du hier auch noch einen Stammhalter kriegst — damit du die Scheunen nicht umsonst aufbaust!“

Es folgte ein eisiges Schweigen. Die beiden Männer sahen sich an.

In Untela schien alles zu stoden, und seine kleinen Augen blickten rund, wie wenn sie ein Gespenst sähen.

Bei diesem Anblick bekam Kestitalo den schmerzenden Satz nicht aus dem Munde, den er sich als Fortsetzung aufgespart hatte. Er nickte nur mit dem Kopfe und verdrückte immer zu lächeln.

„Es ist wahr. Hat dir denn Manta noch nichts gesagt?“

Doch Untela starrte weiter geradeaus, ohne etwas anderes als Verblüffung zu bekunden. Dann zuckten seine Lippen, seine lässlichen Lippen begannen zu erzittern, und er blickte Kestitalo mit hilflosen, verdrehten Augen an — dann wandte er sich, ohne ein Wort zu sagen, um und ging mit schweren, polternden Schritten hinaus.

In dem Augenblick brach der Rest von Kestitalos alter Verschämtheit auch zusammen, und die Angst kam über ihn. Er wollte hinter dem anderen herziehen und ihn zurückhalten, aber er blickte zuerst schnell durch das Fenster.

Untela stand mitten auf dem Hof wie ein Bettler, der nicht weiß, wohin er seine Schritte lenken soll. Dann sah ihn Kestitalo rasch auf das Gefinbehau zugehen.

Er selbst ließ eher, als daß er ging, durch die Zwischenkammer in die gute Stube, um von dort besser zu sehen, wohin sich Untela begeben. — Ganz richtig, er ging in die Gefinbestube.

Das beruhigte Kestitalo ein wenig, und er blieb gleichsam um Wache zu halten, ohne entscheiden zu können, ob es besser sei, sofort nachzugehen, oder ob er zunächst die Erholung von dem Schlag abwarten solle.

Während er da saß, sah er Hanna häßlich mit bloßem Kopfe hinter Untela in das Haus laufen. Das gab der Sache jetzt eine neue Wendung — er begriff, daß Hanna dort jetzt besser am Platz war als er.

Untela stand mitten in der Gefinbestube — in seinem Innern wogte alles durcheinander.

Seine erste Empfindung war, daß er hingehen und die Betrügerin mit ihrem Balge erwürgen müsse. Diese Empfindung war so mild, daß er, ohne weiter nachzudenken, schon auf die Tür zuschritt. Aber da hielt er an, es fuhr ihm zugleich ein anderer Gedanke durch den Kopf.

Er mußte bei derselben Gelegenheit auch Kestitalo loschlagen, den Fuchs, der noch verabscheuungswürdiger als die Furtz, seine Tochter, war. Durch seine Seele zog die wilde und faden der Ueberfiedelung nach Savolax, die nun war ihm alles klar wie der Tag. Wie war er hin- und hergeführt und betrogen, gegängelt worden, wie ein kleines Kind, das man zum besten hält.

Sein Haß auf Kestitalo nahm immer mehr zu, als er beobachtete, daß der eben noch von dieser Beschimpfung mit Kind von ihm, Untela, wäre! Wußte und verstand der Schuft denn nicht, daß er keine solche Gemeinschaft mit seiner Frau hatte, sondern daß er geliebt hatte, wie es einem alten Manne ziemte? Oder wagte der gemeine Mensch, trotzdem er es wußte, ihn zu hintergehen?

Seine Wut hatte einen solchen Grad von Wildheit erreicht, daß er ätzte. Er blieb in der Stube, denn übertriebene Handlungen waren ihm fremd, aber den Ausdruck seiner Scham und seines Hasses vermochte er nicht mehr zurückzuhalten. Er begann gegen die umherstehen-

den Gegenstände zu wüten. Zuerst trat er die mitten in der Stube befindliche Bank mit einem Knack um. Einen zweiten Tritt bekam die halberige Bütte, die knatternd zerbrach. Der Klang ein Klang der Zerstörung, erregte ihn und ließ ihn aufjubeln. Er warf die zertrümmerten Reste wieder auf den Fußboden, riß die Keifen entzwei, zerstampfte die Dauben und schleuderte die Splitter über die Diele hin.

Zugleich flogen seine Gedanken wieder zu seiner Frau, der Betrügerin. Wie gemein hatte sie sich verhalten! Sie tat, als sei sie ein Cheweib, und trug zu derselben Zeit ein im Schandbett empfangenes Keufelsbalg im Schoß. Er wurde so wütend, daß er keine Gedanken mehr fassen konnte.

Er ließ von dem Toben ab — sein Denken stürzte in eine neue, aufreizende Spur. Wer war der Mann gewesen? Er selbst hatte von ihr getrennt gelebt — da war der andere . . .! Der Kopf begann ihm zu schwindeln, und ihn ergriff ein seltsames, erregendes Gefühl, das ihm die Nase meitete: wie wenn er hätte sehen wollen, wie alles das gesehehen war. Und wie wenn er es auch gesehen hätte — die anderen in heimlicher Gemeinschaft, über ihn, den Betrogenen, lachend — Herr Gott!

Er packte von neuem die Bank und warf sie mit sprühenden Augen hin, so daß die Diele erdröhnte, als wollte sie zerbersten.

In demselben Augenblick trat Hanna herein. Sie sah mit einem Blick alles: die umgeworfenen Gegenstände und die Splitter, Untela verzerrtes Antlitz. Sie stürzte dicht vor ihn und steckte ihm mit gefalteten Händen häßlich an:

„Verzeihen Sie — Gott verzeiht auch! — Tun Sie Manta nichts zuleide — seien Sie dem Vater nicht böse — er hat so viel gelitten! — Sie sind so gut, Untela — Gott weiß alles — dulden Sie, dulden Sie — Gott wird helfen!“

Doch Untela erfaßte kaum, wer sprach und was er sagte — er war ganz im Bann von anderen, entsetzlichen Kräften. Er glaubte immer noch die Betrüger zu sehen, jenes abscheuliche Schauspiel, das jetzt ihm aufstrebendes Grauen gegen ihn selbst richtete, Triebe erweckend, die seit Jahren erloschen waren.

„Deine Schwester ist eine Hure!“ rief er mit seltsamer Stimme, wie wenn er schrecklich darüber gebüßelt hätte, daß es so war.

Das brach das Mädchen ganz außer sich. Sie stehete wieder:

„Manta hat geschündigt — sie ist ein schlechter Mensch — Sie wissen nicht, Untela — sie wollte Sie nicht heiraten — sie war so jung — sie hat gemeint — ich weiß es — dulden Sie, dulden Sie!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Redaktionswanze

Sie steht noch nicht im Treben, Sie steht noch nicht im Reben, und auch im Brodhaus nicht. (n. Chr. Morgenstern.)

Vinbus her, Vinbus hin — laßt uns mit einem Geständnis beginnen! Die „geheiligten“ Räume einer Zeitungredaktion sind in Wahrheit gar nicht so sehr beschieden von anderen, professionellen Darrlichkeiten. Eine einzige, kurze, sachliche Mitteilung wird diese Behauptung unumstößlich beweisen: Nicht einmal frei von Ungeziefen sind die Redaktionen. Ja, meist haben sie sogar unter einer eigens für sie geschaffenen Gattung dieser unheimlichstüßigen Quasigeister zu leiden, die den gewöhnlichen Eterischen kaum den Namen nach bekannt ist: unter der Redaktionswanze.

Die Redaktionswanze ist — ein Mensch. Und zwar einer von der bitteren schicksalhaften Bestimmung, anderen zur Last zu fallen. Es bleibe dahingestellt, ob sie für ihre Tun und Lassen verantwortlich zu machen ist oder ob sie, wie man sagt, „nicht dafür kann“. Jedenfalls aber bedeutet sie für ihre Opfer eine so grauenhafte Demütigung, daß dieser Ratgeber tausendfach gerechtfertigt ist.

Die Ursachen der Metamorphose von Menschen zur Wanze (die doch ein Insekt ist) sind verschieden. In den weniger schweren Fällen: eine alte, von den Realitäten des Proletariats zwar verdrängte, aber nie ganz überwindene Liebe zum Zeitungswesen. In den schwereren: eine traumatische Wier nach den drei, fünf oder zehn Pfennigen, die des jeweilige Zeilenhonorar eines Blattes darstellen.

Wenn sich der — unverbiente — Lohn der Götter in einigermaßen erträglichen Grenzen hält, dann hat die Redaktionswanze einen Beruf, der sie wenigstens für einige Vor- und Nachmittage der Woche ungeschädlich macht. Schlimmer ist es, wenn sie sich bereits zur Ruhe des Pensionempfängers hinaufgeschwärt hat. Dann ist auch die schelmige Flucht, in der viele Redaktionsangehörige ihre Rettung suchen, von vornherein zur Zwecklosigkeit verurteilt.

Mit der größten Selbstverständlichkeit kommt die Redaktionswanze mindestens einmal am Tage, oft aber häufiger. Und natürlich fühlt sie sich in der Redaktion ganz ihresgleichen. Macht z. B. bei Gelegenheit Komplimente über eine Kritik oder eine Lokalspitze, aber nicht anders, als mit dem Unterton wohlwollenden Herablassens, zuweilen auch leiser Belehrung: „Ich hätte allerdings . . .“ Abnungslöse Belüster, die ihr in die Hände geraten, fertigt sie mit überlegener Sicherheit ab. (Das könnte an sich ein Vorteil sein, wenn nicht gewöhnlich etwas Dummes dabei herauskäme.) Junger Redaktionskräfte nimmt sie sich väterlich-großmütig an („Herz Kollege“), und wenn sie nicht, daß sie irgendwo genug Kapitalum hat, sei es auf der Straßendörner oder sonstwo, dann sagt sie mit Vorliebe: „Wir Journalisten“ oder „Uns Presseberichter“. Das vermeintliche Recht zu alledem entnimmt sie wahrheitsgemäß der Tatsache, daß sie sozusagen ihr Spezialgebiet hat — oder wenigstens zu haben glaubt. Die Folge davon ist, daß an gewissen Tagen, die jedes Jahr wiederkehren, ein Artikel, ein Gedicht, eine Abhandlung, Betrachtung, Flanderei oder sonst was „Wichtiges“ in die Zeitung soll. Und daß alsbald die gleichen Lamentos vom Stapel gelassen werden, weil die Redaktion die Sache entweder überhaupt nicht für wissenschaftlich hält oder doch glaubt, mindestens die Hälfte des Schriftstückes streichen zu müssen.

Abwegig, aber auf Grund gewisser Beobachtungen nicht unberechtigt ist der Verdacht, daß die Redaktionswanze irgendwo

ein Schreibmaterialiengeschäft betreibt und sich dazu Papier, Tinte, Bleistifte, Lötlötlätter, Leim, Federn usw. in der Zeitung zusammenbesorgt. Das ist auch nicht wesentlich anders im den Fällen, in denen sie sich einen herrenlosen Schreibtisch oder ein Stuhlplätt „angeeignet“ hat und dort arbeitet, als gehöre sie hin und könne sich nirgends heimischer fühlen.

Trotz aller Bedenken und Erfahrungen kommt es doch zuweilen vor, daß die Redaktionswanze einen regelrechten Auftrag erhält — wenn nämlich der Zirkus gar zu weit draußen vor der Stadt spielt oder wenn seiner Lust hat, in eine langweilige Diskussionsversammlung zu gehen. Dann ereignet sich regelmäßig folgendes: Am nächsten Morgen kommt sie, deren Bericht man einen Umfang von allerhöchstens dreißig Zeilen bewilligt hatte: „Nicht wahr, Sie tun mir doch den Gefallen und streichen nichts?“ Kürzer konnte ich mich wirklich nicht fassen. Ich habe so schon vieles Wichtiges weglassen müssen.“ Und dabei zieht sie fünf oder sechs eng geschriebene Quartblätter aus der Tasche, deren Hauptinhalt förmlich hörbar nach dem sitzenden Klausurist schreit. Und sagt mit der lebenswichtigsten Miene der Welt: „Den Schluß spreche ich gleich schnell nach! Es gibt höchstens noch zwei oder drei Seiten. Und meine Schrift ist doch so groß.“ Heute nacht konnte ich nicht mehr.“

„Sie fragt, ob denn das alles sein muß. Ob nicht ein mehr oder weniger deutliches und energisches Wort dem Nebel ein Ende bereiten könne. Nun, ganz offen gesagt, als wir noch nicht oder noch nicht lange Journalisten waren, haben wir das alle miteinander auch gedacht. Aber dann haben wir eben doch eingesehen, daß Ungeziefen durch bloßes Schimpfen nicht auszurotten ist. Und daß die radikalere Mittel wohl zeitweise Erleichterung schaffen, aber auch nicht vor dem — Wiederkommen schützen. Früher, als die Welt noch mehr Sinn für Humor, viel leicht auch noch mehr Recht dazu hatte, wurden die Redaktionswanzen mitunter bewußt und absichtlich gekränkt. Oft von einer mehrköpfigen Redaktion in planmäßiger Steigerung. Gleichzeitig wurden hinter den Kulissen Beiten abgedrückt, dahingehend, wie lange die Kur wirken, d. h. wie lange die Redaktionswanze fernbleiben würde. Es gewonnen ausnahmslos die, die auf den kürzesten Zeitraum gekippt hatten.“

Finden wir uns also mit der Plage ab! Sie muß offensichtlich sein. In ihr dokumentiert sich das Wirken jener Mächte, die nur darauf bedacht sind, daß es uns nicht zu gut geht, daß nichts auf dieser Erde vollkommen ist. Darum: seien wir Fatalisten und verjüchen nicht, einen Kampf zu kämpfen, der ja doch aussichtslos sein müßte. Schon deshalb, weil es neuerdings auch Redaktionswanzen weiblichen Geschlechts gibt. Sie werden also nie aussterben!

W. A. in der Volkszeitung, Klauen.

Benno Rüttenauer

In Wittlich am Havelbach, einem malerischen Nebenflüßchen der Nahe, in einer Gerberei wurde heute vor siebzig Jahren Benno Rüttenauer geboren. Sein Geburtsort liegt in einer Gegend, von der man zu sagen pflegt, daß sich dort Früchte und Dafen gute Nacht sagen. Rüttenauer, der Dichter, hat für seine Heimat das Wort „Hinterwinkel“ geprägt. Er hat frühzeitig den Schulstufenbau, der ihm nicht zusagte, von den Klößen gebürtet und ist in die Welt gefahren, die ihn nicht immer gerade mit offenen Armen empfing. Rüttenauer war zeit seines Lebens Kämpfer und hat nun an seinem siebzigsten Geburtstag die Gemüthsheit, daß ihm im Kampf seine Kunst zum Siege verhalf, denn man nennt den Namen unseres Landesmannes mit Naabe und Romane in einem Atemzug. Möge uns aus dem Spätherbst dieses Dichterlebens noch manny künftige Frucht beschieden sein.

Theater und Musik Konzerte

15. Kammerkonzert Margarete Voigt-Schweikert. Die Konzertsängerin scheint ihre Hauskonzerte (das Wort ohne den künstlerisch einengenden Beifang genommen) am liebsten in kleine hiesige Konzertsäle tragen zu wollen. Nach dem Kammerkonzert im Saale der Handelskammer sieht uns das im Saale der Vier Jahreszeiten zur Besprechung offen, dessen Abend mit Werken von Johann Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel angefüllt war. Die Geigerin Margarete Voigt-Schweikert hatte wie schon so oft wieder sehr fein aufeinander abgestimmte Werke zu einer Vortragsfolge zusammengestellt. Sie selbst eröffnete die gut besuchte Veranstaltung mit der A-Dur Sonate von Bach, und brachte sie mit gut entwickelter technischer Kultur und gesundem musikalischem Impuls zu Gehör. Und unter Vignurth von Kammervirtuos Paul Kämpfer, Kammervirtuos Oskar Went und der Pianistin Kitty von Teuffel spielte sie das Es-dur Trio von Händel in klarer, wohlüberdachter Art des Vortrages. Die Künstler waren in Bezug auf technische Intelligenz in günstiger Verfassung. Durch die Es-dur Chaconne von Händel in der Bearbeitung von Eugen d'Albert waren die Arien der beiden großen Kammermeister getrennt, die durch F r e m a W u d e r s e n i g vortragen wurden. Sie lösten etwas erlötet, doch erkannte man, daß sie ihren jammervollen Besitz Flug und vorzüglich für den Ausdruck innerer Vorgänge zu disponieren versteht.

Bücherschau

Sämtliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Die Frauenwelt Nr. 3 ist erschienen und kann sich stolz an ihre Vorgängerinnen anreihen. Sie bringt im Titelbild eine Zeichnung von H. Röder-Berlin: „Willkommen“. Der neue Roman „Das Fenster“ von Lulu von Strauß und Torrey dürfte ebenfalls den Beifall unserer Frauen finden. Neben diesem finden unsere Frauen eine gut ausgestattete Rubrik „Rodefou“ für den Uebergang; auch unsere herauswachsende Jugend dürfte geschmackvolle und einfache Bilder in dieser Rubrik finden, die jedes bürgerlichen Kontrast gegenübergestellt werden kann. Allerlei Strick- und Häkelarbeiten bieten neben allerlei Kopfbekleidungen reichlich Gelegenheit, die Mühsalstunden zur Selbstanfertigung nach beigelegtem Schnittmusterbogen und Originalzeichnungen auszufüllen. Alles in allem: auch diese Nummer der „Frauenwelt“ bietet vieles, was zum Bezug derselben einladen dürfte. Sie sollte vor allen Verkäufern, und ähnlichen Rodegeitungen den Vorrang haben. Jede Arbeiterin sollte sie beziehen. Bestellungen nehmen die Zeitungsredaktion, die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43 und deren Vertreter in Offenburg, Nahe, Göttingen, Durlach, Bruchsal, Bresten, Weingarten und Söllingen entgegen.

Verleumdungsprozess Auer

München, 30. Jan. (Sig. Bericht.) Im Auer-Prozess kam am Freitag als erster Zeuge der mit gewisser Spannung erwartete Eisner-Mörder Graf Auer, früher Reumann, Schriftsteller, zur Vernehmung. Er erklärte u. a.: In der Prozessur der Verurteilten Winter und Kämpfer steht u. a., daß Auer nach irgend einer Richtung einen Einfluß auf mich ausgeübt habe. Ich betone mit Entschiedenheit: das Gegenteil ist richtig. Ich habe den Abgeordneten Auer seit einer Weihnachtsfeier beim Leibregiment bis heute nicht mehr gesehen. Ueberhaupt möchte ich grundsätzlich erklären, daß mit meiner Handlungsweise am 21. Februar 1919 (Erordnung Eisners) kein Mensch irgend etwas zu tun hatte. Wie ich schon in meinem Prozeß erklärte, habe ich die ganze Sache allein gemacht, als Pflicht gegen mein Vaterland. Ueber die Anwesenheit Avers bei der Weihnachtsfeier im Jahre 1918 erklärte der Zeuge: Ich war damals Führer der 6. Kompanie des Leibregiments, bei der auch Auer gedient hatte. Am Abend vor der Feier erklärte mir der Vaterlandskommandant, ich soll mich bei der Feier auf den Besuch des Abgeordneten Auer einrichten. Im Regiment war bekannt, daß gerade diese Nacht zu einem Angriff der Bolschewisten benutzt werden sollte, und zwar auch zu einem Putsch gegen Auer. Ich glaube, daß er auch deswegen von unserem Kommandeur zur Feier aufgeföhrt wurde, damit er zu seiner Sicherheit in die Kaserne komme. Auer kam zusammen mit seiner Familie. Ich sah längere Zeit mit ihm zusammen. Ich kann mich nicht erinnern, daß bei unserer Begegnung er etwas über eine Beteiligung Eisners oder sonst etwas Bezügliches gesprochen worden ist.

Ueber die vielzitierte Blumenstrauß-Geschichte sagte der Zeuge: Vom Dezember 1918 bis September 1920 waren fast zwei Jahre vergangen. Alles, was in dieser Zeit in Beziehung zwischen mir und Auer gebracht wird, ist reine Kombination. Nach meiner Verurteilung im Januar 1920 kam ich auf die Festung Landsberg. Da ich von den fünf Schüssen, die bei der Ermordung Eisners von dessen Begleitung erhalten hatte, eine Kugel hinter dem rechten Ohr sitzen hatte, die mir besondere Beschwerden verursachte, machte ich eine Eingabe, in der Minik in München operiert zu werden. Et kam ich zwei bis drei Monate in die Klinik. Eines schönen Tages, ich war darüber erstaunt, kam eine der Töchter Auers mit einem Blumenstrauß und einer Visitenkarte, auf der stand: „Mit dem Wunsche baldiger Genesung sendet diese Gräfin Abgeordneter Auer, Staatsminister.“ Ich dankte und damit war die Sache erledigt. Das war Ende September 1920. Fort: Jrgendwelche Einflußnahme des Abgeordneten Auer auf Ihr Tun hat also tatsächlich nicht stattgefunden? Zeuge: Nein, niemals, weder mündlich noch schriftlich.

Die Verhandlungen wurden schließlich auf Montag vormittag vertagt.

Aus dem Freistaat Baden

Die nächste öffentliche Sitzung des badischen Landtags

findet am Mittwoch, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Beantwortung kurzer Anfragen.
- II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über:
 1. den Gesetzentwurf über Bürgerpflichten des Landes Badens für Vereine an landwirtschaftliche Organisationen, Berichterstatter Abg. Schön;
 2. die Mitteilung des Staatsministeriums vom 21. November 1924 Nr. 13.110, Abhör der Rechnung des Rechnungshofs für 1923, Berichterstatter Abg. Freidhoff;
 3. die Vorlage des Herrn Minister des Innern vom 12. Jan. 1925 Nr. 7415 Augenärzte, hier Unterstützung durch den badischen Staat, Berichterstatter Abg. Willebrand;
 4. den Antrag der Abg. Gebhard und Gen., Kugelversicherung, Berichterstatter Abg. Weichaupt.
- III. Beratung über den Antrag der Abg. Schranz u. Gen., Bohnenverhältnisse auf dem Lande.
- IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Weichaupt und Gen., Einfuhr von Zuchtvieh, insbesondere Zuchtschweine aus der Schweiz.
- V. Mündliche Berichte des Ausschusses für Besuche und Verhandlungen darüber.

Rechtspflege und Rechtsanwälte

Mit einer ziemlich umfangreichen Vorlage dieses Inhaltes beschäftigte sich am Donnerstag und Freitag der Rechtspflegeausschuss des badischen Landtags. Berichterstatter ist der Abg. Schneider (Zentrum). Der Entwurf des Justizministeriums benennt sich Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte. In der Begründung ist zu § 1 u. a. gesagt:

„daß auf die Tätigkeit der Rechtsanwölle in den Rechtsfachen, die vor besonderen Gerichten, also insbesondere Gemeindegerichten und Rheinischfischergewerkschaften, oder zwar von den ordentlichen Gerichten, aber in einem besonderen Verfahren, also insbesondere Zwangsvollstreckung in Liegenschaften, zu verhandeln sind, die Vorschriften der Rechtsanwaltsgebühren entsprechende Anwendung finden.“

Diese werden im Entwurf im einzelnen geregelt. So sagt § 2, Absatz 3:

„Der Rechtsanwalt kann aber, wenn seine Tätigkeit von besonderer Wichtigkeit oder Schwierigkeit war, eine den Höchstmaß der gesetzlichen Vergütung überschreitende Gebühr verlangen. Die Gebühren sollen für jede Instanz besonders berechnet werden.“

Dieser Passus wurde auf einen Zentrumsantrag hin gestrichen, aber nur mit 9 gegen 8 Stimmen, unter den letzteren befanden sich die Sozialdemokraten. Ob diese Streichung bei dem Verhältnis 9:8 auch in der 2. Lesung bestehen bleibt, ist abzumarten.

Nach mehrfacher Schilderung soll die wirtschaftliche Lage vieler Rechtsanwölle keine glänzende sein; die Ausgaben und persönlichen Arbeiten für die einzelnen Prozessfäden seien zu groß, die finanzielle Entschädigung hierfür nicht ausreichend. Auf der anderen Seite soll natürlich das Suchen des Rechts im Staate nicht übermäßig verteuert werden. Es darf nicht nur ein Privilegium des Bestehens sein. In diesem Sinne wird sich die Stellung der Sozialdemokratie bewegen müssen.

Tagung reisender Gewerbetreibender

Der badische Verband reisender Gewerbetreibender hielt unter harter Beteiligung im Volkhaus in Mannheim in seinen Verhandlungen ab. Unter einer Reihe von Entschuldigungen, die angenommen wurden, war die größte Bedeutung jener Besprechung die die Beschlüsse des badischen Einzelhandels auf

Kampfanzeige der Gewerkschaften an Reaktion und Kommunisten

Verteidigung der Republik zum Schutze der Grundrechte der Arbeiter

Der Bundesausschuss des ADGB hat am Freitag zu der politischen Lage in folgender Entschlossenheit Stellung genommen:

Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen, gefährden in weitem Umfange die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterbewegung befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinshaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterbewegung gewahrt bleiben. Jeden Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wider der gesamten deutschen Arbeiterbewegung entgegengetreten, den jungen Freiheit gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kampfes bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Kampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die verfassungsfeindlichen Parteien im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie

sind überzeugte Befürworter des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verhängnisvollen Rechte des Volkes würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des gesamten Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unüberwindlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuss verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, den internationalen oder kommunistischen, in sozialistischer Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterbewegung gefährden. Der Bundesausschuss rief die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu folgen, daß alle Forderungen, die Republik zu stützen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung scheitern werden.

vollständige Befreiung der Meßen und Märkte, sowie des Hausierhandels zum Gegenstand hat. Die Entschließung lautet: Die Vertreter des Einzelhandels erheben gegen die Bestrebungen des badischen Einzelhandels, die Meßen und Märkte, sowie den Hausierhandel zu beseitigen, energigsten Protest und bitten die Regierung, jene Maßnahmen zur Einschränkung des Einzelhandels abzulehnen. Wegen verschiedener Steuerwünsche waren einige Steuervertreter zugegen. Die Reichsbundestagler wandten sich dagegen, daß sie mit dem Hausierhandel steuerlich in einen Topf geworfen werden. Die Meßen erstrecken sich jeweils nur auf wenige Tage, während der Hausierhandel sich dauernd betätigen könne. Von dem Vertreter der Steuerbehörden wurde darauf erwidert, daß er für diese Frage nicht kompetent sei; sie unterliege der Entscheidung des Finanzministeriums. Zu anderen Beschwerden der Meßleute äußerte sich der Vorstand des betreffenden Meßorts.

Finanzministerkonferenz. Am nächsten Mittwoch findet im Reichsarbeitsministerium in Berlin eine Konferenz des neuen Reichsfinanzministeriums mit den Finanzministern der deutschen Länder über die Neuregelung der Meßwesen Fragen zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden statt. Es handelt sich vor allem um das Finanzausgleichsgesetz. Dieser Konferenz wird am 2. und 3. Februar eine Aussprache der Finanzminister der Länder in Dresden vorausgehen, um eine einheitliche Stellungnahme der Länder zu den Vorfragen des Reiches zu schaffen. Als badischer Vertreter wird Finanzminister Dr. Köhler an diesen Beratungen teilnehmen.

Die für Baden gültigen Vorschriften über Mietminderungen (mit Mißweisung), Mietzuschuss und Mietminderungsämter sowie Maßnahmen gegen Lohnmangel nach dem Stande vom 1. Januar 1925, herausgegeben und zu beziehen von der Verwaltungsoberinspektor Striegel beim städt. Mietminderungsamt Freiburg i. Br., 94 Seiten, Preis brosch. 1,50 M. — Durch die zahlreichen Änderungen der Vorschriften auf den in dem Titel angegebenen Gebieten ist im Laufe der Zeit eine derartige Unübersichtlichkeit der gesamten Materie eingetreten, daß es nicht nur für den Laien, sondern sogar für den Sachmann, die Vorschriften, wie für die Befürworter der Mietminderungsämter immer schwerer wurde, sich darin zurecht zu finden. Diefem Mangel abzuwehren, bemühte sich der Herausgeber obigen Büchleins. In ebenso vollständiger wie übersichtlicher Weise gelang es, alle in obige Rechtsgebiete einschlägigen Vorschriften nach dem neuesten Stande in zur Verfügung zu bringen, das es jedem Vermieter und Mieter mit Leichtigkeit gelinht, sich über die maßgebenden Verhältnisse, über ihre Rechte und Pflichten gründlich und genau zu verorientieren. — Aus diesem Grunde kann das Büchlein allen Behörden, Rechtsvertretern und Privaten als unverzichtbarer Ratgeber nur wärmstens empfohlen werden. R. B.

Aus der Partei

Vor dem französischen Parteitag

(I. I.) Zum Parteitag der französischen sozialistischen Partei, der am 8. Februar in Grenoble zusammentritt, tragen manche die Berichte des Parteivorstandes, der Parteimitglieder und der Vertreter der Partei; bei der Internationale vor, die ein Bild über die Entwicklung und die Tätigkeit der Partei geben.

Die Anzahl der Parteimitglieder ist von 50.500 im Jahre 1923 auf rund 73.000 im Jahre 1924 gestiegen. Damit hat die Partei trotz der kommunistischen Abspaltung die Stärke des Jahres 1913 wieder erreicht. Während sie im August 1924 der Spaltung kaum 50.000 von rund 150.000 Mitgliedern der getrennten Partei mit sich zu führen vermochte, ist sie heute bereits bedeutend stärker als die kommunistische Partei, deren Mitgliederzahl in der offiziellen Statistik der kommunistischen Internationale für 1924 mit 50.000 angegeben ist.

Die Wahlen im Jahre 1924 brachten der sozialistischen Partei 104 Sitze in der Kammer und 6 im Senat. Von den Abgeordneten sind 40 auf rein sozialistische, 61 auf Listen des Einheitsblocks gewählt. Auf die rein sozialistischen Listen entfielen 67.068 Stimmen, auf die Einheitsblock-Listen insgesamt 2.107.545, wobei die Hälfte der Sozialisten zugerechnet werden muß. In 18 Wahlkreisen fanden entweder eine rein sozialistische und eine kommunistische Liste gegenüber; in nicht weniger als 17 davon trugen die Sozialisten die überwiegende Mehrheit davon.

Zu heurigen Frühjahr finden in ganz Frankreich die Gemeindevahlen statt, durch die indirekt auch ein Einfluß auf die Zusammensetzung des Senats ausgeübt werden kann. Der Parteivorstand soll nun u. a. darüber entscheiden, inwiefern bei diesen Wahlen ebenfalls ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Kandidaten zulässig sein soll. Die Meinungen darüber sind in der Partei geteilt und bei der Diskussion dieser Frage spielt die Ver-

teilung der bisherigen Erfolge der Partei in ihrer Politik gegenüber der Regierung eine große Rolle. Während ein Teil der Genossen der Ansicht ist, daß die Ergebnisse der Haltung der Partei im Parlament nur im Staate eine analoge Politik bei den Gemeindevahlen rechtfertigen, wird diese Politik auf den Parteiparteitag, die sich mit der Vorbereitung des Parteitag beschließen, von einer starken Minderheit kritisiert.

Uebrigens wird sich der Kongreß mit der Ausarbeitung eines Kommunalprogramms und mit der Frage der Kommunalreform beschäftigen.

Schwedens neuer Ministerpräsident

Dr. Rasköler, der zurückgetretene Genosse Holmar Branting in der Führung der schwedischen Arbeiterregierung, Genosse Mikard San Dier, war Vorsitzender des schwedischen Arbeiterbildungsverbandes und Leiter der schwedischen Arbeiterhochschule. Er gilt auch als Programm- und Finanzangelegenheiten. Es ist wohl das erste Mal, daß ein leitender Politiker eines europäischen Staates direkt aus der Arbeiterbewegung hervorgeht.

Von der internationalen sozialistischen Presse

Ein sozialistisches Wochenblatt in Paris — Eine wissenschaftliche Zeitschrift der belgischen Partei — Ein neues Wochenblatt in England

„Nach der Umwandlung des „Populaire“ aus einem Tagblatt in ein zweimal monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt der Partei haben unsere französischen Genossen das Problem eines Parteipresseorgans in Paris sehr scharfsinnig empfunden. In diesem Mangel wenigstens einigermaßen abzuwehren, hat die Partei Organisation der Partei seit kurzem ein „Bulletin de Combat Social“ (Der soziale Kampf) herausgegeben. Die Leitung der Redaktion liegt in den belgischen Händen des Genossen Brade, dem ein Redaktionskomitee, bestehend aus den Genossen Severoz, Mauranges, Jozonki, Louis Levy und andere zur Seite steht.

In Brüssel erscheint seit kurzem unter der Redaktion Louis de Branderes eine wissenschaftliche Halbmonatsschrift „L'Action Social“ (Die soziale Zukunft). Auch dieses Blatt füllt eine Lücke aus, da die belgische Arbeiterpartei bei ihrer weitestgehenden Entwicklung bisher kein eigenes wissenschaftliches Diskussionsorgan besaß. Die Labour Party beschließt, zur Unterhaltung ihrer demnächst einjehenden Propagandaaktion ein achtseitiges Wochenblatt „The New Citizen“ (Der neue Bürger) herauszugeben. Die Zeitung soll sowohl den Zwecken der Partei als den Gewerkschaften dienen und von beiden gemeinsam herausgegeben werden.

Gewerkschaftliches

Aus der Eisenbahnerbewegung

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat am Freitag in einer Sitzung, zu der auch die Gewerkschaftler hinzugezogen worden waren, beschlossen, die Lohn- und Arbeitszeitparagrafen des Tarifvertrages ab 1. Februar zum 28. Februar zu kündigen.

Durch Verhandlungen ist bereits festgestellt, daß auch die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Allgemeinen Eisenbahnerverband sich dem Kündigungsbeschlusse anschließen werden.

Gemeindepolitik

Mannheim. Nach den Berechnungen des hiesigen Stadtnachrichtendienstes stellt sich der tägliche Fleischverbrauch in Mannheim im Oktober 1924 bei einer Einwohnerzahl von 249.704 auf 138 Gramm pro Kopf, im November 1924 (Einwohnerzahl 249.895) auf 135 Gramm pro Kopf. In der Zeit der Erwerbslosen in Mannheim ist in der letzten Woche eine weitere Steigerung zu verzeichnen, und zwar um 304. Das größte Kontingent an Erwerbslosen stellen die Hilfsarbeiter mit 3749, dann folgen Facharbeiter in der Industrie mit 2105, 1473 Angehörige können im Handelsgewerbe und in technischen Betrieben nicht unterkommen. Die Zahl der Arbeitslosen in den übrigen Berufszweigen bewegt sich zwischen 350—750.

Schwarzarbeiter in deutschen Städten. Die neueste Statistik ist die Statistik des Rundfunks. Nach dieser Statistik hat die Zahl der Schwarzarbeiter in neuester Zeit wieder zugenommen, soweit hierüber Feststellungen überhaupt möglich sind. Einmal mehr ist die Zahl der Schwarzarbeiter in der Statistik der Reichsregierung in die Statistik der Reichsregierung aufgenommen worden. Durch ein Verbot der Reichsregierung ist die Zahl der Schwarzarbeiter auf 10.000 abgefallen, die Zahl der Schwarzarbeiter aber auf 10.000 abgefallen.

Karlsruher Polizeibericht vom 2. Februar

Unfall. Am Samstag abend 6.50 Uhr wurde ein Volkshüter von hier am Marktplatz beim Umsteigen in einen anderen elektrischen Straßenbahnwagen von einem Personenauto überfahren. Er erlitt Verletzungen am Bein.

Zusammenstoß. Am Samstag vormittag stießen Ede-Kriegs- und Sommerstraße zwei Kraftfahrzeuge zusammen. Der eine Wagen wurde stark beschädigt, der Beifahrer des Chausseurs aus dem Auto geschleudert. Er trug leichte Verletzungen im Gesicht davon.

Mordanschlag. Ein circa 20 Jahre alter Mann, groß mit hartem frischem Gesicht, vielleicht Schlosser, erschwindelte sich in den letzten Tagen in zwei hiesigen Geschäften zwei Ringkettenschlüssel, ein Kernlebertreibmittel und eine Holstermessinghölzer. Der Täter gab vor, bei einem hiesigen Kassenstrickfabrikanten in Stellung zu sein und unterschrieb mit dem falschen Namen Heinrich Leus oder Leus.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Dienstag, 3. Februar: Meist heiter, trocken, mild, Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

Schüttelinsel 45, gef. 19; Nehl 103, gef. 3; Magau 348, gef. 1; Mannheim 200, gef. 4 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Heidelberg. Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage und der durch die warme Bitterung hervorgerufenen plötzlichen Schneeschmelze im Gebirge ist der Neckar langsam im Steigen.

Neckargartach. Hier ist infolge des herrschenden Sturmes das Acht-Familienhaus beim Widmannstal, das zurzeit von der Gemeinde Neckargartach zur Einderung der Wohnungsnot erstellt wird, eingestürzt. Die in dem Neubau befindlichen Arbeiter konnten sich in den Keller retten und kamen mit meist leichten Verletzungen davon. Der durch den Einsturz entstandene Schaden dürfte nicht sehr erheblich sein, da von dem Material vieles wieder verwendet werden kann.

Triberg. Vom 1. Februar ab trat in dem Kurs des Postkraftwagens Tribera-Schönach eine unterschiedliche Führung an Werten und Sonntagen ein. An Sonntagen wird der Kurs fortan schon vormittags gefahren und zwar Triberg Bahnhof ab 8.45 im Anschluß an die beiden um halb 9 Uhr von Offenburg und Willingen eintreffenden Personenzüge. Schönach an 9.15 Uhr. Die Rückfahrt ab Schönach erfolgt 9.25, die Ankunft in Triberg 9.50 im Anschluß an den um 10 Uhr nach Willingen gehenden Personenzug. Die Fahrzeiten an Werten blieben wie bisher. Triberg ab 4.40 nachmittags, Schönach an 5.10, ab 5.50, Triberg an 6.15 nachm.

Waldbrunn. Am Freitag nachmittags wurde ein junger Mann vom Kraftwagen der Firma Schöneemann in Heidelberg überfahren und sehr schwer verletzt.

Radolfzell. Nachdem erst am Donnerstag nachmittag ein Großfeuer auf Schloß Münsingen ausgebrochen ist, bei dem das Schloß selbst, das in höchster Gefahr stand, vor der Vernichtung bewahrt, die Delonomiegebäude aber vollständig vernichtet wurden, brach Freitag abend im hiesigen Spital ein neuer Brand aus, der in der Küche des Spitals seinen Ursprung hatte. Anscheinend handelte es sich um einen Kammerbrand, den die Feuerwehre, die bei dem Großfeuer auf dem Münsinger Schloß schwerste Arbeit zu leisten hatte, in kürzester Zeit einräumen konnte. Das regnerische Wetter hatte ein Überspringen des Brandes auf die Nachbargebäude verhindert. Einzelheiten über den unermesslichen Schaden fehlen noch.

Hohberg (Hohenloher). Hier ist das Anwesen des Peder Daller bis auf den Grund niedergebrannt. Das Mobiliar konnte teilweise gerettet werden.

Die Fahnenweihe der Bismarck-Jugend von Grazen

Am Juli letzten Jahres veranstaltete die völkisch-nationale Jugend von Grazen einen großen Nummernlauf, zu dem sie von außerhalb aus verschiedenen Orten gleich völkisch verbundene Gefinnungsgenossen eingeladen hatte. Dieser jugendliche Zweig der völkischen Reichs-Internübler-Gemeinschaft feht und wühlt unter der Flagge des seligen Reichsführers Otto v. Bismarck, er trägt die Bezeichnung Bismarckjugend. Von Bismarck selbst wissen die jungen Leute natürlich nichts, etwas zu lernen haben sie ja auch gar keine Zeit, der Name genügt ihnen vollkommen! Das völkische Fest in Grazen wurde am Vorabend durch den Empfang der auswärtigen Gäste eingeleitet; es kamen Teilnehmer von Karlsruhe (6 Runggelder und 4 Mädchen!) von Stuttgart, von Pforzheim und Mannheim. Im Verlaufe der verschiedenen Empfänge

kam es zu Reibereien mit sozialistischen Arbeitern, die schließlich in Schlägereien ausarteten, bei denen es auf beiden Seiten einige blutige Köpfe gab. Die Folge war, daß 6 Arbeiter von Grazen wegen Körperverletzung Strafbefehle mit Geldstrafen von 100 und 80 M. erhielten, gegen die sie jedoch, da sie sich schuldlos fühlten, Einspruch erhoben. Die Sache kam nun vor das Schöffengericht in Karlsruhe und wurde dort letzten Donnerstag verhandelt. Das Gericht setzte die durch Strafzettel ausgesprochenen Strafen wesentlich herab, in einem Falle erfolgte Freisprechung, im weiteren wurden in einzelnen Fällen Strafen von 80, 10, 20 und 30 M. ausgesprochen.

Wenn auch unsere Genossen nun doch verurteilt sind, so sind die Schuldigen dennoch auf Seiten der Bismarcker zu suchen. Es wurde festgestellt, daß einer der Bismarckjugenden, der zum Empfang der Karlsruher Gefinnungsgenossen am Bahnhof war, zu den mit dem gleichen Zuge kommenden Arbeitern von Grazen herausfordernde Bemerkungen machte. Dieser junge Mann namens Holz, ein Vorkämpfer, kam als der eigentliche Urheber der ganzen Vorkommnisse bezeichnet werden.

Die völkische Jugend, die als Jugend sich im Gerichtsaal einstellten, gab, war ein Bild für sich. 17, 18 Jahre alte, Kaufleute, Schüler, Studenten, so unteif wie nur möglich; aber herausfordernd und anmaßend in Benehmen, wie es nur Hülfsjüngens sein können! Schwarz-weiß-rote Bänder, prooziierend in den Knopflöchern, das Hakenkreuz aufgestellt — das sie allerdings schamlos verdecken, wenn es vor den Richtertisch ging: Das waren die Zeugen gegen die Arbeiter. Dazu kam noch ein deutschnationaler Parteiführer Säröder aus Stuttgart, der damals der Anführer des über 100 Teilnehmer zählenden Junges war, der mit schwarz-weiß-roten Fahnen, in gelbblauer Marschkolonne in Grazen einmarschierte. Dieser Herr Säröder, 24 Jahre alt, will mit diesen Schülern und Kaufmannslehrlingen „Die Tradition des alten Heeres aufrechterhalten“, wie er sich als Zeuge ausdrückt. Einer unserer Genossen trat angesichts des Unwillens, den der Aufzug der uniformierten Truppe in der Bevölkerung erregte, auf diesen Schreiber zu und ersuchte ihn, das Singen — die Jünglinge sangen nämlich das berühmte Schöndorferlied — zu unterlassen und die Fahnen einzuziehen. Schreiber nahm gegen den Genossen sofort eine drohende Haltung ein, griff nach der hinteren Hosentasche, sprach etwas von „über den Haufen rennen“ oder „über den Haufen schießen“, er sei Offizier gewesen — was natürlich unwahr ist — und so kam es dann zu Tätlichkeiten. Das 110 Mann starke jugendliche Heerchen ließ sich von 2 oder 3 Arbeitern angreifen, „schwer verletzen“ und flüchtete dann in das Festlokal. Arme Tradition des alten Heeres! Und hinternach, hinter der Marschkolonne, kamen — die Führer, der Herr Bundesleiter Dr. Scheff und der Herr Vorsitzende des Bismarckbundes von Grazen, der Eisenbahndirektor Pfeil in Grazen. Wie von ihnen berühmten Vorbildern im Felde, so bemerkte man auch von ihnen an der Kampffront nicht die Spur. Sie gaben ihre Befehle von hinten nach vorne! Wie friedlich diese Bismarckjugend geplant war, geht daraus hervor, daß eine ganze Anzahl der jungen Leute mit Gummiknüppeln und mit Taschenmesser bewaffnet war.

Die Schuld an den Schlägereien ist einzig und allein den Hakenkreuzlern zuzuschreiben. Auch die Arbeitsgemeinschaft durch den Vorsitzenden Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller, der übrigens die Verhandlung durchaus objektiv führte, ließ dies durchschauen. Die Hülfer haben zweifellos provoziert. Wir hätten deshalb doch noch die eine oder andere weitere Freisprechung der von Gen. Rechtsanwalt Mezger verteidigten Angeklagten erwartet. Und schienen die Angaben der Angeklagten mindestens so glaubwürdig wie jene der Zeugen von Bismarckbund. Auch der Vertreter der Anklage Staatsanwalt Romberg ließ den Angeklagten Gerechtigkeit widerfahren und verurteilte ihr Verhalten aus der durch das Auftreten der Bismarckjugender geschaffenen Atmosphäre heraus zu erklären. Es wird übrigens nach den Aussagen des Staatsanwalts nun eine Unteruchung eingeleitet gegen die Leiter der Bismarckjugend, da zu jener Zeit noch öffentliche Umzüge verboten waren, der Marsch der Hakenkreuzler vom Bahnhof in Grazen nach dem Orte und durch diesen in gelbblauer Marschkolonne mit Fahnen, zweifellos aber als ein solcher Umzug, anzusehen ist. Die gegebenen Adressen zur Einleitung des Strafverfahrens sind: Der Herr Dr. Scheff in Pforzheim und der Name der deutschen Republik, der Eisenbahndirektor Pfeil in Grazen. Wenn man einen der Führer mal fassen kann, muß man es tun, es gelingt selten

genau! — Die Schuld an den Schlägereien ist einzig und allein den Hakenkreuzlern zuzuschreiben. Auch die Arbeitsgemeinschaft durch den Vorsitzenden Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller, der übrigens die Verhandlung durchaus objektiv führte, ließ dies durchschauen. Die Hülfer haben zweifellos provoziert. Wir hätten deshalb doch noch die eine oder andere weitere Freisprechung der von Gen. Rechtsanwalt Mezger verteidigten Angeklagten erwartet. Und schienen die Angaben der Angeklagten mindestens so glaubwürdig wie jene der Zeugen von Bismarckbund. Auch der Vertreter der Anklage Staatsanwalt Romberg ließ den Angeklagten Gerechtigkeit widerfahren und verurteilte ihr Verhalten aus der durch das Auftreten der Bismarckjugender geschaffenen Atmosphäre heraus zu erklären. Es wird übrigens nach den Aussagen des Staatsanwalts nun eine Unteruchung eingeleitet gegen die Leiter der Bismarckjugend, da zu jener Zeit noch öffentliche Umzüge verboten waren, der Marsch der Hakenkreuzler vom Bahnhof in Grazen nach dem Orte und durch diesen in gelbblauer Marschkolonne mit Fahnen, zweifellos aber als ein solcher Umzug, anzusehen ist. Die gegebenen Adressen zur Einleitung des Strafverfahrens sind: Der Herr Dr. Scheff in Pforzheim und der Name der deutschen Republik, der Eisenbahndirektor Pfeil in Grazen. Wenn man einen der Führer mal fassen kann, muß man es tun, es gelingt selten

Soziales

Hausangestellte und Erwerbslosenfürsorge

Von jeher sind die Hausangestellten Stiefkinder der Gesetzgebung gewesen. Die hiesigen Kämpfe um die pflichtmäßige Krankenversicherung der Hausangestellten sind noch nicht beendet. Ein Arbeitsrecht für diese Berufsgruppe fehlt leider noch immer.

Seit dem 15. November 1923 haben nun die Hausangestellten, die in der Krankenversicherung sind, Zuschläge zur Erwerbslosenfürsorge ermordet und dadurch ein Anrecht auf Erwerbslosenfürsorge erworben. Dieser Rechtsanspruch ist durch die 6. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 wieder aufgehoben worden. Nach Artikel 8 dieser Verordnung sind die in der privaten Hauswirtschaft tätigen Hausangestellten, soweit sie in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind, seit dem 1. Dezember 1924 beitragsfrei. Dadurch verlieren die Hausangestellten nicht nur den Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge, sondern sie werden überhaupt zu Personen niedriger Rechts herabgedrückt. Die Verordnung bedeutet einen Vorstoß gegen den Artikel 168 der Reichsverfassung, der in seinem zweiten Absatz in Zeiten unerschütterlicher Arbeitslosigkeit den notwendigen Unterhalt garantiert. Als Grund der Beitragsbefreiung wird die geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beteiligten und die verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsmarktes angegeben. Jeder Hausangestellte weiß aber, daß das Mißtrau der Arbeitslosigkeit auch bei den Hausangestellten nicht geringer als in anderen Berufsgruppen ist. Der Umfang des Arbeitsmarktes ist durch den Durchbruch nur eine 14-tägige Kündigungsfrist voraus, und es ist in der Regel sehr schwer, in kürzester Zeit eine geeignete andere Stelle zu finden, ganz abgesehen davon, daß gerade in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit die beschäftigungslosen Industriellen und gewerblichen Arbeiterinnen das Angebot an hauswirtschaftlichen Arbeitskräften noch vergrößern.

Auch der Vorstand der eigenen Vorsorge ist nicht frohhalten. Die geldliche Entlohnung der Hausangestellten ist so gering, daß Ersparnisse für Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht gemacht werden können. In der Praxis müssen gerade die Hausangestellten sich vieles aneignen und oft ihre Ansprüche auf das denkbare niedrige Maß zurückdrängen. In Zeiten der Arbeitslosigkeit Aufnahme bei Angehörigen zu finden, ist nur als glücklicher Zufall möglich. Die Sittlichkeitspostel werden zwar für die Brot- und Wohnfrage auch in Fällen der Arbeitslosigkeit eine Lösung haben, aber ein soziales Recht wird eine solche Lösung sicherlich nicht sein.

Die Entziehung der Erwerbslosenfürsorge bedeutet also eine außerordentliche Härte für die Hausangestellten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb die Wiederherstellung der Hausangestellten in die Erwerbslosenfürsorge gefordert, nicht zum wenigsten auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Allelei Änderungen von Regierungsseite sprechen dafür, daß überhaupt in der ganzen Frage der Erwerbslosenfürsorge noch harte Kämpfe geführt werden müssen. Es besteht die Gefahr, daß ganze Gruppen von Arbeitnehmern aus der Fürsorge der Reichsregierung für die Arbeitslosenfürsorge ausgeschlossen bleiben. Und dazu gehören leider auch die Hausangestellten. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften kämpfen für ein allgemeines soziales Recht, an seiner Verwirklichung sind alle auf Lohn oder Gehalt angewiesenen Männer und Frauen interessiert, die vom Ertrag eigener Arbeit ihre Existenz bestreiten müssen.

Geldhilfe

Ein Genosse schreibt uns: Unsere Reichstagsfraktion hat erst kürzlich eine Anfrage wegen der Verdrängung des Preisgeldes bei der Reichsregierung eingebracht. Es ist aber vorauszusetzen, daß kein direkter Erfolg damit erzielt wird. Die Macht des Alkoholadulats ist in Deutschland in den letzten Jahren so groß, daß wenig Aussicht besteht, die für Ernährung und Wohlfahrt unseres gesamten Volkes so wichtigen Erträge zu erhalten, die nur der Weg der Geldhilfe. Wenn die Millionen Genossen in Deutschland den Schnaps konsumieren und sich statt dessen lebenswichtige Nahrungsmittel kaufen würden, und wenn sie auch in diesem Sinne auf ihre Vorkasse und Bekannten aufliegend einwirken wollten, würde ohne Zweifel die Verschärfung unseres Preisgeldes infolge mangelnden Absatzes bedeutend nachhelfen, denn aber auch der Aufwand der Krankenkassen und Armenkassen, der Herrschaft und Irrenanstalten. Den Nutzen hätten die Genossen selbst und ihre Angehörigen durch bessere Gesundheit und erhöhte Arbeitskraft, auch auf geistigem Gebiet.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Weißwaren

- Hemdentuch 75/80 cm gebli. Mtr. Mk. 0.55
Maccotuch 80cm w. Mtr. Mk. 1.25
Bettuchstoff 150cm gebleicht. Mtr. Mk. 1.65
Flockkörper 80cm w. Mtr. Mk. 0.85
Bettuchbiber 140cm Mtr. Mk. 1.60
Damast 190cm gestr. Mtr. Mk. 1.95
Bettendamast 180cm geblumter Mtr. Mk. 2.35

Baumwollwaren

- Handtuchzeug Mtr. Mk. 0.35
Gerstenkornhandtuch Mtr. Mk. 0.55
Handtuchzeug Mtr. Mk. 0.65
Baumwollflanell . . . 0.68
Beikaltun . . . 0.75
Bettzeug . . . 0.95
Bettbarchent . . . 1.75
Bettbarchent . . . 2.75
Matratzendrell . . . 1.90
Schürzenzeug . . . 0.98

Gardinen

- Vitrage, Tüllistor, Kongreß 0.95 0.65
Brise-Bises per Mtr. 1.40 0.95
Etamine, 150 cm breit, 1.20 1.10
Erbstüll, 150 cm breit, 3.00 2.25
Künstler-Garnituren, 3teil. 18.00 12.00 6.75
Stores 130/240 cm . . . 5.00 2.75
Brise-Bises Paar . . . 1.80 1.25
Bettdecken . . . 10.00 8.00 6.00

Weißes Woche

Wir bieten mit dieser Veranstaltung eine aussergewöhnliche Gelegenheit zur Neuausschaffung und Ergänzung des Bedarfs an Wäsche, Weißwaren u. Aussteuer-Artikeln und bringen eine Massenauswahl wie man sie seit langem nicht mehr gesehen hat.

Weißes Waschestoffe

- 80 cm Natté . . . Mtr. Mk. 1.25
116 cm Seidenbatist Mtr. Mk. 1.50
100 cm Vollvoile . . . Mtr. Mk. 1.65
70 cm Wascenseide . . . Mk. 2.90
80 cm Rips-Figue Mtr. Mk. 1.70

Tisch-Wäsche

- Tischtücher, Damast 110 150 cm . . . Mk. 3.50
Servietten, 55/55 cm . . . Mk. 0.75
Tafeltücher, 120/225 cm Mk. 9.50
Teggedecke mit 6 Servietten . . . Mk. 8.25

Küchen-Wäsche

- Handtücher, weiss Drill 45/70 cm . . . Mtr. 0.78
Wischtücher, 43/48 kariert 0.30
Staubtücher . . . Stück 0.15

Bade-Wäsche

- Frotteierhandtuch, 40/100cm 0.95
Badetücher, 100/100 cm . . . 3.50
Badetücher, 100/150 cm . . . 6.65
Frotteierstoff, 165 cm breit 6.50

Taschentücher

- Kinder-Tücher . . . Stück 0.08
Damentuch, weiss mit Honigsau . . . 0.14
Herrentuch, weiss gebrauchsfertig . . . 0.18
Herrentuch, gestreift u. kar. 0.38

Bett-Wäsche

- Kissenbezüge, 80/80 cm solide Qualität . . . Mk. 1.35
Oberbettücher, gestickt 150/250 cm . . . Mk. 8.50
Oberbettücher, 150/250 cm mit Handtaton . . . Mk. 16.00
Unterbettücher, 150/225 Mk. 5.30
Unterbettücher, 150/230 cm Halblineen . . . Mk. 7.00
Garnituren, 1 Bettbezug 2 Kissen . . . Stück Mk. 18.00

Damen-Wäsche

- Taghemden . . . Mk. 1.90 1.45 1.11
Beinkleider . . . Mk. 2.25 1.75 1.51
Nachthemden . . . k. 4.00 3.20 2.91
Nachjacken . . . Mk. 3.90 3.25 2.73
Unterhüllen . . . Mk. 1.90 1.15 0.89
Prinzbröcke . . . Mk. 4.95 4.50 3.56
Hemdchsen . . . Mk. 7.50 5.00 3.56
Mädchenhemden 1.15 1.00 0.85
Mädchen-Beinkleider . . . Mk. 1.90 1.60 1.10

Halbfertige Wäsche

- aus la Maccotuch mit Stickerel (Ganz besondere Gelegenheit!)
Taghemden . . . Mk. 3.00
Beinkleider . . . Mk. 3.00
Unterhüllen . . . Mk. 1.50
Prinzbröcke . . . Mk. 6.70

W. Boländer

Goß
 Einmal ein halbes
 Pfund Zucker
 1 Pfund Mehl
 1 Pfund Butter
 1 Pfund Milch
 1 Pfund Eier
 1 Pfund Obst
 1 Pfund Gemüse
 1 Pfund Fleisch
 1 Pfund Fisch
 1 Pfund Getreide
 1 Pfund Hülsenfrüchte
 1 Pfund Nüsse
 1 Pfund Samen
 1 Pfund Honig
 1 Pfund Zucker
 1 Pfund Salz
 1 Pfund Pfeffer
 1 Pfund Gewürze
 1 Pfund Öle
 1 Pfund Fette
 1 Pfund Wässer
 1 Pfund Säuren
 1 Pfund Alkalien
 1 Pfund Salze
 1 Pfund Metalle
 1 Pfund Erden
 1 Pfund Steine
 1 Pfund Gesteine
 1 Pfund Mineralien
 1 Pfund Pflanzen
 1 Pfund Tiere
 1 Pfund Menschen
 1 Pfund Vögel
 1 Pfund Insekten
 1 Pfund Pilze
 1 Pfund Flechten
 1 Pfund Moose
 1 Pfund Flechten
 1 Pfund Moose
 1 Pfund Flechten
 1 Pfund Moose

Badisches Landestheater
 Montag, den 2. Februar, 7 1/2—9 1/2 Uhr (4.50). Th.-Gem. 801—1000, 1701—2000, 2001—2300
V. Sinfonie-Konzert
 des Badischen Landestheater-Orchesters
 Leitung: Staatskapellmeister Alfred Lorenz. Solist: Prof. Gustav Habermann-Berlin (Violine). Werke von Mendelssohn, Chopin (unter Leitung des Komponisten) Verlog.

Bucherer
 empfiehlt
Weißweine
 Heiligensteiner
 Rappoldsweiser
Rotweine
 Burgunder
 Lauffener
 Rouffillon
Malaga
Bucherer

TEEKANNE
 der Gehaltvolle
 DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Felle-Haare!
Dr. med. W. Gutsch
 hat seine Sprechstunde wieder aufgenommen.
 1/2 9—10 Uhr 1/2 3—5 Uhr
 Telefon 315 * Kaiserstr. 182

Gute Qualitäten nie so billig!
Weisse Woche
 Seit über 30 Jahren ist mein Prinzip: gute Waren billig zu verkaufen. Sie dürfen das Vertrauen haben zu Ihrem Besten bedient zu werden. Zur Weissen Woche habe ich fast alle Waren bedeutend reduziert. Meine 10 Schaufenster beweisen besser als viele Worte meine Leistungsfähigkeit.
Kaufhaus J. Schneyer
 Werderplatz Filiale Mühlburg

Hausfrauen aufgepaßt!
 kaufen Sie sofort!
Mundin Pflanze
 100% Fettgehalt, deshalb ausgiebig u. hartnäckig im Gebrauch. — Unbertroffen in Qualität und Preiswürdigkeit — Bestellen Sie beim Einkauf zu jedem Pfund die **Gratisbeigaben**: Würstchen, Silbergläser, Gesellschaftsspiele, Spielkarten etc.
Rheinisch-Fettwarenfabrik G.m.b.H. Mannheim
 Vertreter: W. A. Meyer, Karlsruhe, Tel. 2570.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Gatten und Vaters sagen wir allen herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Prediger Sänger für seine tröstlichen Worte; Herrn Stadtrat Dr. Jung für die lieben Abschiedsworte; Herrn Sager für sein ergreifendes Violinspiel, sowie allen jenen, die unserem unbeschreiblichen Verlust das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben.
 Karlsruhe, den 2. Februar 1925.
Frau Amalie Schneider, Ww.
 nebst 5 Kindern.

Stadtanleihen Pfandbriefe
 gegen gute Sicherheit und hohen Zins zu leihen gesucht. Offerten erbitte unter E. L. 22 an das Volksfreundbüro.

Mk. 200.-
 gegen gute Sicherheit und hohen Zins zu leihen gesucht. Offerten erbitte unter E. L. 22 an das Volksfreundbüro.

Henningers Schuhreparatur
 während der Weissen Woche
 bedeutend reduzierten Preisen

Markgrafenstrasse 51
 während der Weissen Woche
 bedeutend reduzierten Preisen

Sohlen und Absätze:
 la. Kernleder 3 80 u. 4 30
 Gummi 2 40 u. 2 90
 (aufgepresst)

Weissen Woche
 bringe ich große Posten Ware zu bedeutend reduzierten Preisen zum Verkauf.

Weiß Cretonne	per Meter	0.56
Weiß Gerstenkornhandtücher	prima Qualität per Mtr.	0.60
Haustuch	150 cm breit, für Betttücher, schwere Qualität	2.10
Halbleinen	150 cm breit, für Betttücher, schwere Qualität	2.20
Bettendamast	150 cm breit, gute Qualität, per Meter	2.20
Flockkörper	80 cm breit, geraut	1.00
Bettuchbibber	150 cm breit, für Betttücher, schwere Qualität	2.50
Tischzeug	weiß Halbleinen, 130 cm breit, per Meter	2.50
Matratzendrelle	120 cm breit	2.20
Schlafdecken	für große Betten passend	5.00

Arthur Baer Kaiserstr. Nr. 133
 Eingang Kreuzstraße, gegenüber der Kleinen Kirche
 Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.
Plakate aller Art liefert rasch und billig
 Buchdruckerei Geck & Cie. KARLSRUHE, Lulsenstraße 24.

Öffentliche Versteigerung
 Montag, den 2. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe mit Zustimmung des Bauamtes folgende Sachen öffentlich versteigern:
 20 Stücken italienische Eier, frisch (Neuprodukt) pro Stück 1440 Stück, 20 Stücken italienische Eier, frisch pro Stück 1440 Stück.
 Karlsruhe, 30. Jan. 1925.
 Schlichter, Gerichtsvollzieher.

Möbliertes Zimmer
 zu vermieten.
 Wielandstr. 14, St. III.

Füchtiger Reparatur-Schlosser
 gelehrt, ber alle in einer Fabrik vorkommenden Reparaturen vornehmen kann, auch die Arbeit an elektrischen Anlagen kennt, ferner von Autoreparaturen etwas versteht und Führerschein besitzt, gef. d. Angebote unter Nr. 1001 an das Volksfreundbüro.

Abonniert die Frauenwelt
 durch die Volksbuchhandlung Adlerstraße 43

In 30 Minuten Ihr Passbild
 in im Photogr. Helios Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.

Während der Weissen Woche

Herren-Anzüge	32—39—45—
Herren-Anzüge eigene Herstellung	48—62—72—
Loden-Mäntel	25—38—45—
Gummi-Mäntel	21—25—34—
Flotte Schlüpfer eigene Herstellung	nur 32.—
Herren-Hosen	4—5—7— 9—13—17—
Breeches Hosen	7.50 9.75 13.50
Konfirmanden-Anzüge	24.50 26.50 39.—
Knaben-Anzüge in allen Größen und Preislagen!	
Ein Posten 1924 Garbadine f. Anzüge u. Mäntel	Meter 14.50
Anfertigung eleganter Herren-Garderoben, in feinster Maßarbeit, sowie in Maßkonfektion.	

Julius Löwe
 nur Südstadt Werderplatz 25

Zwangsversteigerung
 Dienstag, den 3. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Stadtsaal, Steinstr. 23 gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:
 Mehrere verschiedene Posten Speiseeiswaren, ferner 1 Kiste Zitronen, ein kleiner Posten Zuckerkuchen und Feigenwaren, 1 Petroleumofen u. sonst Versteigbar.

Zwangsversteigerung
 Dienstag, den 3. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Stadtsaal, Steinstr. 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:
 2 Saffet, Ar.-denz, ein

Winschermann
 G. m. b. H.
KARLSRUHE I. B.
 Kohlen-Groß- und Kleinhandlung
Rheinrederei
 Große Lagerplätze mit den modernsten Auslade-Vorrichtungen. Bezugsquelle erstklassiger Brennstoffe aller Produktionsgebiete.
Zentralheizungskoks
 Nuß- und Stückkohlen, Fettschrot
Langenbrahm-Anthracitkohlen
 Braunkohlen-Briketts Eifform-Briketts
 Steinkohlen-Briketts Grudekoks
Brennholz
 werden von uns in jedem Quantum zu billigsten Preisen prompt mit eigenem Fuhr- und Lastkraftwagenpark geliefert.
 Büroräume: Stefanienstraße 94 am Kaiserplatz
 Fernsprech-Anschlüsse Nr. 815, 816 und 817.

Versteigerung findet bestimmt statt.
 Karlsruhe, 31. Jan. 1925.
 Hof, Gerichtsvollzieher.

Versteigerung findet bestimmt statt.
 Karlsruhe, 31. Jan. 1925.
 Hof, Gerichtsvollzieher.

Versteigerung findet bestimmt statt.
 Karlsruhe, 31. Jan. 1925.
 Hof, Gerichtsvollzieher.

Versteigerung findet bestimmt statt.
 Karlsruhe, 31. Jan. 1925.
 Hof, Gerichtsvollzieher.

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

stets frisch gebrannter **Kaffee**
Funda von **300** an

Phanko-Kaffee
auserlesene Mischung
1/4 Pfd. **90** Pfg.
1/2 Pfd. **1 80** Pfg.

Mehmer-Kaffee
auserlesene Mischung
1/4 Pfd. **1 00** Pfg.
1/2 Pfd. **1 90** Pfg.

Verband nach auswärts.

PHANKO

Zur **Weissen Woche**
empfehle in nur guten preiswerten Qualitäten:
Leibwäsche — Bettwäsche
Wäschestoffe jeder Art
Gardinen — Herrenartikel

Wäschegeschäft
Karl Holzschuh
Werderplatz 48. 1.08

Möbel

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen sowie einzelne

Möbelstücke
Betten / Schränke / Tische
Stühle / Vertikos / Büffets
Divans / Chaiselongues usw.
in bekannt großer Auswahl zu allerbilligsten Preisen.

Möbelhaus 111
Maier Weinheimer
Karlsruhe, **Kronenstr. 32**
Zahlungserleichterung.

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

Sonder-Preise

Schweine-Schmalz
amerikanisches
Pfd. **93** Pfg.

Nußschmalz
streichbares
reines
Pflanzenfett
offen **64** Pfg.
1 Pfd.-Käsef. **68** Pfg.

Deutschraffiniertes Schmalz
Pfund **115** Pfg.

Cocosfett
1 Pfd.-Zafel **64** Pfg.

Margarine
Pfund von **65** an

Feinste Allgäuer Tafelbutter 1/2 Pfd. **50** Pfg.
Holländische und Dänische Tafelbutter 1/2 Pfd. **60** Pfg.

Stets frisch! Direkter Bezug aus den Produktionsgebieten.

Vollfäuliger Schweizerkäse 1/2 Pfd. **45** Pfg.
1 Pfd. **1 70** Pfg.

Sümburger Stangenkäse 1/2 Pfd. **20** Pfg.
1 Pfd. **78** Pfg.

Corned-Beef
1 Pfd.-Dose **60** Pfg.
6 Pfd.-Dose **3 20** Pfg.
englisch
offen

1/4 Pfd. **16** Pfg. 1 Pfd. **60** Pfg.

Feigwaren
Bandnudeln Pfd. **27** Pfg.
Eier-Bandnudeln Pfd. **39** Pfg.

Bruch-Maccaroni Pfd. **37** Pfg.
Maccaroni Pfd. **44** Pfg.

Mehl, Spezial 0 Pfd. **1 13**
Auszugsmehl Pfd. **1 23**
Weizengrieß Pfd. **27** Pfg.

Schwerer Gier 10 Stk. **1 45**
Italiener
Nachmännlich fort. u. durchgeschikt

Marmelade
Gemi. Gie Dreifachst. Pfd. **20** Pfg. weiche Pfd. **26** Pfg.

Gemüse-Erbfen 2 Pfd.-Dose **52** Pfg. erklaffiges deutsch. Habrit

Kern-Seife
gelbe 200 Gr.-Stück **18** Pfg. weiche 200 Gr.-Stück **23** Pfg.
gelbe 400 Gr.-Stück **36** Pfg.

Zündhölzer imprägniert, weiches Holz
Bafel 10 Schachteln **22** Pfg.
Zündhölzer Bafel 10 Schacht. **20** Pfg.

Verband nach auswärts.

PHANKO

Schlichtungsausschuß-Beisitzer der Arbeitnehmer

Im Dienstag, den 3. Februar, abends 7 Uhr im Sitzungszimmer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Friedrichsplatz 11

Konferenz
der Arbeitnehmer-Beisitzer vom Schlichtungsausschuß Karlsruhe.

Tagungs-Ordnung: 1104

Stellungnahme zu der Haltung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Karlsruhe, Herrn Dr. Schid in der Arbeitszeifrage.
Vollständiges Erscheinen ist dringend erforderlich.

Ortsauschuß des A. D. G. B.

Ab 1. Februar beruht an Sonn- und Feiertagen der Zug 112 S der Mittelbahn 7²⁰ Uhr Karlsruhe Reichsstraße ab nach Herrenalb nicht mehr und es verkehren dafür die Züge 6²¹ Uhr und 9¹⁴ Uhr Karlsruhe Reichsstraße ab nach Herrenalb auch an Sonn- und Feiertagen. 1103

Badische Lokalbahn A. G.

Eichennutzholz-Verkauf.
Das Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt verleiht aus **Sinaiswald, Hardtwald** jeweils morgens 9 Uhr beginnend im „Goldenen Adler“ in Karlsruhe (Karl-Friedrichstraße 12): 1. am Dienstag, den 10. Februar 1925: **Stammholz**: 120 fm I., 242 fm II., 401 fm III., 180 fm IV., 20 fm V., 2 fm VI. Klasse.
Unter dem Stammholz befinden sich gute **Sourterhölzer**.
2. am Mittwoch, den 11. Februar 1925: **348 Stk. Eichennutzholz**. — **Ausgabe** und weitere Auskunft durch das Forstamt. 302

Geigen Schule Dir. Herm. Post
Adlerstr. 33 — Telefon 1940
Unterricht vom ersten Anfang bis zur Konzertsreife.

Kindertiefwagen
neu, billig abgegeben oder
gekauft. Zuzahl. 100
Karlstr. 34, 3. Stof.

Chaiselongues
neu, gutgearb. b. 35.4 an
Adlerstr. 34, 3. Stof., Schützenstr. 25

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

Kondensierte, gezuckerte und ungezuckerte Milch
Dose **42** Pfg.

Garantiert reiner Kakao
Pfd. von **70** an 1015

Bensdorp Speise-Schokolade
„Porto Cabello“
3 Tafeln
à 100 Gramm
1.- Pfg.
Verband nach auswärts

PHANKO

Die Liebesbriefe der Baronin v. S.

Geschichte einer Ehe in 6 Kapiteln

Felix der Kater
Felix liebt
Lustspiel

Nur noch bis einschl. Donnerstag im

Resi-Lichtspiele
Waldstr. 30

in der Hauptrolle **Mia May**

Kücheneinrichtung
Büfett, Stredenz, Tisch, 2 Stühle zu verkaufen. Preis 200 Mark. Spengler, Bürgerstr. 5. 301

COLOSSEUM
Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue **VARIETE-PROGRAMM**

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

Hülsenfrüchte
Neue

Linsen
Pfund **32** Pfg.
Pfund **42** Pfg.
Pfund **50** Pfg.

Erbfen
gelbe 1/2 geschälte
Pfund **19** Pfg.
gelbe 1/4 geschälte
Pfund **28** Pfg.
grüne 1/4 geschälte
Pfund **42** Pfg.

Weißer Bohnen
Pfund **28** Pfg.

PHANKO

Während der Weissen Woche
kaufen Sie sämtliche Artikel meines reichsortierten Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Nur Qualitäts-Ware
bei 1011

N. Hebeisen
Spezialmagazin für Küche und Haus
Werderplatz 36 **Klauprechtstr. 2.**

Schönes leeres Zimmer
Geboten wird eine 3-Zimmerwohnung gesucht eine 2-Zimmerwohnung

Durlacherstraße 37, Vorderhaus 2. St. 1102

Reichshammer Schwarz-Rot-Gold Bruchsal

Morgen **Dienstag, 3. Februar**, abends 8 Uhr, im **Bürgerhof** (Grosser Saal) 150

Mitglieder-Versammlung
mit Vortrag des Kameraden Rechtsanwält **Strauß**.
Vollzähliges u. pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Der Vorstand.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Franz Kobapp in Karlsruhe, Wölbstraße 44, wurde heute am 27. Januar 1925, nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Zahlungsvollstreckung nachgewiesen ist. Der Diplomb-Kaufmann Ernst in Karlsruhe, Wölbstraße 32, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 26. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befreiung eines Gläubigers aus dem Konkursverfahren, welche über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — am **Donnerstag, den 10. Februar 1925, nachmittags 5 Uhr** — auf Antrag der angemeldeten Forderungen am **Dienstag, den 17. März 1925, nachmittags 5 Uhr**. Allen Verleihen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen dem Konkursverwalter bis zum 26. Februar 1925 Anzeige zu machen. 30

Karlsruhe, den 27. Januar 1925.
Gerichtsschreiber Sad. Amtsgericht A 3.

Die Städtische Sparkasse Karlsruhe
hat ihre alten Sparerr nicht bergänglich gerufen; sie sind in großer Zahl erschienen und sparen wieder wie einst, und mit ihnen auch eine große Anzahl neuer Einleger.

Das Wort vom Sparen ist wieder Gemeingut des deutschen Volkes geworden; jeder sieht ein, daß es auch auf seinen eigenen Beitrag ankommt.

In Deutschland sind schätzungsweise 25 Millionen Menschen produktiv tätig, sie beziehen ein mehr oder minder großes Einkommen. Wenn nun jeder von ihnen wüßte, daß er nur

1 Mart
auf die Sparkasse trägt, so gibt das im Jahr den sehr beachtlichen Kapitalbetrag von

1.300 Millionen Mart
d. i. das 1/4 fache der internationalen Wälsche. Dabei hat jeder einzelne „nur“ 50 Mart im Jahre gespart, also eine keineswegs übermäßig hohe Summe.

Jeder bedachte: Was könnte mit diesen Summen geschehen, welche Mittel könnten der allgemeinen Wirtschaft zugeführt werden?

Drum überlege und beherzige: Es kommt auch auf deine Mart an; bringe sie — nicht zuletzt zu deinem eigenen Vorteil — zur

Sparkasse.

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

Feintes Silber-Sauerkraut
Pfund **12** Pfg.

Norddeutsches und bayerisches Rauch-Fleisch
Pfund **2.-** Pfg.

Auslands-Sped
Pfund **1.30** Pfg.

Frische Frankfurter Würstchen
3 Paar **1.25** Pfg.

PHANKO

PHANKO
Für die **Weißer Woche**

Feintes Silber-Sauerkraut
Pfund **12** Pfg.

Norddeutsches und bayerisches Rauch-Fleisch
Pfund **2.-** Pfg.

Auslands-Sped
Pfund **1.30** Pfg.

Frische Frankfurter Würstchen
3 Paar **1.25** Pfg.

PHANKO